

w o h n b u n d



i n f o r m a t i o n e n

Selbstbestimmt
wohnen im Alter

11/04



Inhalt

Impressum	2
Editorial	3
Schwerpunktthema: Selbstbestimmt wohnen im Alter	
Teil 1: Reflexionen und Forschungsergebnisse	4
Hinter dem Horizont geht's weiter ...	4
<i>Über neue Perspektiven des gemeinschaftlichen Wohnens im Alter</i> Ulrike Petersen	
Vorreiter und Langschläfer – Vom Umgang der Wohnungsunternehmen mit dem demografischen Wandel	6
Dr. Renate Narten	
Integriertes Wohnen – eine Analyse von Modellprojekten in der Nutzungsphase	9
Dr. Ulrike Scherzer	
Teil 2: „Bewegungen“ / Projekte	13
Selbstorganisierte Alten-Wohngemeinschaft der Freien Altenarbeit Göttingen e.V.	13
Kathrin Helbig	
„Nicht ohne uns“	15
<i>Ältere MigrantInnen in Deutschland</i> Mustafa Cetinkaya	
„Stadthaus statt Haus“ – Friedlandstraße, Aachen	17
Ursula Komes	
Die Renaissance der Beginenhof-Bewegung in Deutschland	20
Dr. Erika Riemer-Noltenius	
Die Wirklichkeit von „Utopia“	22
<i>Erfahrungen im generationsübergreifenden Frauenprojekt „Offensiv Altern – Offensiv Leben“</i> Renate Amann, Barbara von Neumann-Cosel	
WIR – Wohnen im (Un-)Ruhestand	24
Irmgard Winter	
Teil 3: Netzwerke und Unterstützungsstrukturen	27
Ein bundesweites Netzwerk für gemeinschaftliche Wohnprojekte	27
Gerda Helbig	
Möglichkeiten und Wege zu „Neue Wohnformen im Alter“	29
<i>Zwei landesgeförderte regionale Beratungsbüros in NRW</i> Sabine Matzke	
Leipzig: Beratungsstelle Gemeinsam Wohnen für Jung und Alt findet großen Zuspruch	29
Dr. Winfried Haas	
Veranstaltungen, Hinweise	32
Rezensionen	34

Impressum

wohnbund-informationen

Mitgliederzeitung des wohnbund e.v.
Herausgeber und Redaktionsadresse:

wohnbund e.v.
Aberlestraße 16/Rgb
81371 München
Telefon 089-74 68 96 11
Fax 089-7 25 50 74
E-Mail: info@wohnbund.de

Redaktion: Brigitte Karhoff, Sabine Matzke,
Mustafa Cetinkaya

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Preis: Für wohnbund-Mitglieder kostenlos
Abonnement: € 5,- pro Ausgabe incl. Versand
Sammelbestellung (ab 10 Exemplare):

€ 2,50 pro Exemplar zzgl. Versandkosten

Abo-Bestellung: per E-Mail, Telefon oder
Fax an die Redaktionsadresse

Layout und technische Bearbeitung:
Bernd Hüller, info@offset-service.de

Druck: Lichtpunkt medien e.K., München

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion
oder des wohnbund-Vorstandes wieder.

Selbstbestimmt wohnen im Alter



Editorial

Wie wollen wir im Alter wohnen?

Perspektiven des „gemeinschaftlichen“ Wohnens im Alter

Es gibt eine ständig anwachsende Zahl von Menschen, die ihre Unabhängigkeit auch im Alter bewahren wollen und selbstbestimmt und qualitativ voll wohnen möchten.

Die Suche nach praktikablen und bezahlbaren Wohn- und Serviceangeboten in der frei gewählten Nachbarschaft, in der Siedlung ist für die meisten Älteren die bessere Lösung als der Weg ins Heim oder in die Seniorenresidenz.

Wohnungsunternehmen sehen sich mit der Herausforderung auf Anforderungen einer älter werdenden Mieterschaft zu reagieren zunehmend konfrontiert: ihnen bietet sich damit die Chance, eine immer wichtiger werdende Kundengruppe in ihren Beständen zu halten.

Diese Faktoren erklären die Vielfalt der seit Ende der 80er Jahre auf den Weg gebrachten gemeinschaftlichen, in Eigeninitiative entwickelten Modelle ebenso wie die umfassenden nicht mehr nur ausschließlich an der Barriere-



freiheit der Wohnungen orientierten Handlungsansätze innerhalb der Wohnungswirtschaft.

Das folgende Heft will zur Weiterentwicklung von Handlungsansätzen mit besonderen Qualitäten für ein selbstbestimmtes Wohnen im Alter animieren und dies durchaus vor dem Hintergrund einer kritischen Reflexion

bisheriger Ansätze. Hierzu möchte das vorliegende Heft Diskussionsstoff liefern. Zudem gibt es Tipps und Hinweise zu Vernetzungs- und Unterstützungsstrukturen.

Wir danken allen Autorinnen und Autoren, die in so kurzer Zeit mit ihren Beiträgen zum Gelingen dieses Heftes beigetragen haben!

Brigitte Karhoff, Sabine Matzke, Mustafa Cetinkaya

Teil 1

Reflexionen und Forschungsergebnisse

Ulrike Petersen

Hinter dem Horizont geht's weiter ...

Über neue Perspektiven des gemeinschaftlichen Wohnens im Alter

■ „Aber selbst wenn es bei einer sehr kleinen Minderheit bliebe, die auf den eigenen Bedarf zugeschnittene Wohnformen schaffen und erproben will, haben solche Wohnexperimente nach Auffassung der Kommission einen unschätzbaren Wert für die Entwicklung von zukunftsweisenden Wohnformen. Im Unterschied zu allen anderen durch soziale und private Träger angebotenen Wohnformen materialisieren sich hier Wohnwünsche ganz direkt. Hier ist quasi ein Experimentierfeld entstanden, in dem – ohne Forschungsprogramme – Ideen entwickelt und erprobt werden. Sie sind nicht durch den Umweg von Angebot und Nachfrage gefiltert.“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Zweiter Altenbericht – Wohnen im Alter, 1998)

Nach mehr als zwei Jahrzehnten erfolgreicher Aufbauarbeit und Vervielfältigung von Gemeinschaftswohnprojekten ist die Nachfrage nach selbst gestalteten Wohnformen im Alter ungebrochen. Insbesondere von den mittleren Altersjahrgängen werden sozial- und altersgemischte Hausgemeinschaften favorisiert. Diese Projekte sollen möglichst in einem lebendigen Umfeld angesiedelt sein, das den Wünschen nach Kommunikation, nach Kultur, aber auch den langfristigen Anforderungen an Hilfe und Pflege entspricht. Gute Voraussetzungen dafür, dass Selbstbestimmung und Nachbarschaftshilfe innerhalb von Wohnprojekten auf freiwilliger Basis ohne Überforderung funktionieren, sind – abgesehen von existenziell notwendigen Förderkonditionen und barrierefreien Gebäuden – erfahrungsgemäß die offene Auseinandersetzung mit Fragen des Älterwerdens, gegenseitiges Vertrauen und die Einbindung

in ein wohnortnahes informelles und formelles Unterstützungsnetzwerk.

Während die Alten-Projekte „der ersten Generation“ zunächst auf dem Prinzip „Schaffung vieler eigenständiger Hausgemeinschaften verteilt über Stadt und Land“ basierten, bildeten sich im Laufe der vergangenen Jahre peu à peu erweiterte Projektansätze heraus. Sie konstituieren sich nicht als „Solitär“ und nicht als „closed shop“, sondern als Teil eines Gemeinwesens, offen auch für andere Gruppen der Bevölkerung und Tätigkeitsfelder:

- Bei entsprechend großen Liegenschaften schließen sich Projektgruppen zu Planungsgemeinschaften zusammen.
- Sie integrieren sich in Kooperation mit herkömmlichen Wohnbauträgern des „normalen Wohnens“ in größere Neubauareale.
- Sie öffnen sich für Kombinationen mit Wohnformen anderer Bevölkerungsgruppen, zum Beispiel für Menschen mit Behinderung und Demenz.
- Sie integrieren Arbeitsplätze in ihr Wohnkonzept und übernehmen quartiersbezogene Aufgaben.

In dieser Außenorientierung selbst organisierter Projekte werden Entwicklungslinien sichtbar, die über die kollektiv potenzierte Form „eigener vier Wände“ hinausreichen.

„Dass sich Bedarfslagen wie selbstbestimmte Gemeinschaften, mitmenschliche Nähe oder Zusammenleben mit gegenseitiger Verantwortung bisher außerhalb der üblichen Wohnangebote äußern, könnte bereits auf eine Lücke im eher serviceorientierten Angebot der Altenhilfe hindeuten. (...) Auch im Hinblick auf den normalen Wohnungs-

markt könnten eine Reihe von besonderen Wohnangeboten der Altenhilfe überflüssig werden, wenn die heute üblichen Standard-Wohnangebote um solche für gemeinschaftliche Wohnformen erweitert würden. Da der moderne Sozialstaat darauf angewiesen ist, dass sich mehr – auch hilfebedürftige, alte – Menschen weitgehend selbst helfen, wäre es im ureigensten Interesse des Staates, dieses Potenzial zum Tragen kommen zu lassen und entsprechend zu fördern.“ (ebenda)

Die Erkenntnis, dass innovative Gemeinschaftsprojekte dauerhaft auf ein tragfähiges Gemeinwesen und informelle Unterstützung angewiesen sind, wird am Beispiel jüngerer Projektformen, so genannter Wohn-Pflege-Gemeinschaften, offensichtlich. Sie richten sich als Alternative zum Pflegeheim und zugleich als Entlastung pflegender Angehöriger speziell an ältere Menschen, die aufgrund von Behinderungen, Pflegebedürftigkeit oder Krankheit ihren Alltag nicht mehr allein gestalten können. Hier sind es vorrangig Vereine und Gruppierungen aus der Angehörigenarbeit, der Betreuung und Interessenvertretung älterer Menschen, die Wege für überschaubare Wohn- und Versorgungsformen ebnen. Auf diese Weise entstehen bundesweit immer zahlreicher neue Projekte, in denen die Persönlichkeit, die Lebensgeschichte, die alltäglichen Bedürfnisse und Gewohnheiten ... all das, was jeden Einzelnen bis zum Ende des Lebens ausmacht, im Rahmen sozialer Gemeinschaften Geborgenheit und ambulante Pflege rund um die Uhr findet. Aufgrund der hohen Anforderungen an die Entwicklung und dauerhafte Begleitung sind diese neuartigen Projekte von Anbeginn an auf engagierte Angehörige und frei-

Merkmale und Perspektiven innovativer gemeinschaftlicher Wohnformen im Alter

Selbstorganisierte Hausgemeinschaften	Ambulant betreute Wohngemeinschaften
Selbstbestimmte gemeinschaftsorientierte Wohnprojekte für ältere Menschen als Alternative zum Alleinwohnen und zum betreuten Wohnen	Ambulant betreute Wohnform als Alternative zum Pflegeheim und zur Entlastung der Angehörigenpflege
Überwiegend alters- und sozialgemischte Zusammensetzung	Altershomogene Gruppen pflegebedürftiger, vor allem demenziell erkrankter Menschen
Hausgemeinschaft (HG) mit unterschiedlich großen Wohnungen und Gemeinschaftsflächen auf Miet-, Genossenschafts- und Eigentumsbasis im Alt- und Neubau	Wohngemeinschaft (WG) mit abgeschlossenen kleinen Appartements bzw. Zimmern und Gemeinschaftsflächen auf Mietbasis im Alt- und Neubau
Projektgrößen von 6 bis zu 40 oder mehr Wohneinheiten, zum Teil als Hof- und Siedlungsform	Kleinere Wohnungsgemeinschaften für 6 bis 12 Personen
Konzept/Projektentwicklung/Selbstverwaltung durch HG-Bewohner	Konzept/Projektentwicklung/Selbstverwaltung durch Angehörige, rechtliche Betreuer, Initiativen der Altenbetreuung/Pflege
Miet- oder Nutzungsverträge, Wohnungseigentum	Mietverträge unabhängig von Dienstleistungsverträgen
Finanzierung: Förder- und Eigenmittel, Wohngeld plus Rente, Pflege- und Krankenkasse/Sozialhilfe	Finanzierung: Förder- und Eigenmittel, Wohngeld plus Rente, Pflege- und Krankenkasse/Sozialhilfe
Selbst- u. Nachbarschaftshilfe sowie die Möglichkeit, individuell ambulante Pflege und andere Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen	24-Stunden-Pflege durch Ambulante Pflegedienste, Unterstützung durch Angehörige und sonstige Personen
<p>Gemeinsame Perspektiven:</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Ausbau von Projektentwicklungs- und Beratungsstrukturen ● Öffnung für neue Zielgruppen und Projektpartnerschaften ● Quartiersbezug und Vernetzung ● Kooperation mit lokalen Gruppen, Initiativen und Dienstleistern ● Sensibilisierung der Öffentlichkeit, Wohnungswirtschaft, Kostenträger... 	
U.Petersen, 2004	

liches Wohnen im Alter. Im Endbericht der Enquête-Kommission „Demographischer Wandel“ wird neben der generellen Zunahme pflegebedürftiger Menschen auf vier Gruppen in der Bevölkerung hingewiesen, die in Zukunft einen besonderen Bedarf an Pflege (und damit auch an neuen Wohnformen!) haben: Ältere Alleinstehende, ältere behinderte Menschen, Menschen mit Demenz und ältere MigrantInnen. (Deutscher Bundestag: Drucksache 14/88000, 2002) Mit dem Ziel „Sicherung und Förderung einer selbständigen Lebensgestaltung“ und dem sozialpolitischen Primat „Vorrang der häuslichen vor der stationären Pflege“ könnten diese Personengruppen unter Wahrung ihrer spezifischen Bedürfnisse und mithilfe engagierter Initiativgruppen in den Zusammenhang gemeinschaftlichen Wohnens integriert werden.

Angesichts des demographischen und sozialen Wandels, der sich durch Geburtenrückgang bei gleichzeitig steigender Lebenserwartung (und Pflegebedürftigkeit!), dem Nachlassen der familiären Netze und dem anhaltenden Trend zur Singularisierung und Individualisierung auszeichnet, werden sich die Wohn- und Versorgungsbedürfnisse älterer Menschen in Zukunft noch deutlicher ausdifferenzieren. Diese Veränderungen gehen nicht spurlos am Thema „Gemeinschaftliches Wohnen im Alter“ vorüber. Selbstorganisiertes Wohnen in Gemeinschaft – bewusst positioniert jenseits des stationären Sektors und des Betreuten Wohnens – war und ist keine statische Größe. Ganz im Gegenteil!

Ulrike Petersen, Diplom-Politologin/
Diplom-Gerontologin, Hamburg
E-Mail: U.Petersen@Hamburg.de
Web: www.UlrikePetersen.de

willige Helfer, auf eine gute Versorgungsstruktur und eine akzeptierende Wohnumgebung angewiesen.

Die Perspektive, neue gruppen-gesteuerte Wohnideen nicht als vermeintlich autonome „Einzelstücke“ zu realisieren, setzt einen frühzeitigen Aufbau von Partnerschaften und Kooperationen mit dem Dienstleistungssektor und der Wohnungswirtschaft voraus. Ein größeres Neubauvorhaben wird auf der Basis engagierter Kooperation gegenwärtig in Hamburg geplant. In einem gemeinsamen Planungsprozess unter Beteiligung einer örtlichen Wohninitiative älterer Menschen, einer traditionellen Wohnungsbaugenossenschaft und einem etablierten Träger der Altenhilfe soll ein quartiersbezogenes, wohnprojektorientiertes und altersgemischtes Wohnareal mit frei wählbaren, abgestuften Dienstleistungsangeboten und integrierter Wohngemeinschaft für Menschen mit Demenz entstehen. Durch die Möglichkeit hier (und an anderen

Orten!) spezifische Projektinteressen ohne Verlust der Eigenständigkeit und Selbstorganisation in einen größeren Quartiers-Kontext zu stellen, eröffnen sich Lern- und Aufgabenfelder zur Förderung und Weiterentwicklung von Wohnprojekten.

Abschließend betrachtet ergeben sich jedoch nicht nur in methodischer Hinsicht neue Perspektiven, besser gesagt Herausforderungen, für gemeinschaft-

Anders Altwerden ... Wohnen in Gemeinschaft

Fachtag zur Praxis und den Perspektiven von
Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz

19. November 2004 in Hamburg

Informationen:

Beratungsstelle für Wohn- und Hausgemeinschaften

Treffpunkt St.Georg, Tel.: 040/248096

E-Mail: graue-panther-hh@t-online.de

Weitere Angebote des Treffpunkts St. Georg finden Sie auf Seite 33

Vorreiter und Langschläfer –

Vom Umgang der Wohnungsunternehmen mit dem demographischen Wandel

■ *Wohnungsunternehmen steht eine Palette von Möglichkeiten zur Verfügung, auf die Anforderungen einer zunehmend älter werdenden Mieterschaft zu reagieren. Es lässt sich beobachten, dass jede dieser Möglichkeiten in einem bestimmten Zeitabschnitt der letzten 20 Jahre eine besondere Konjunktur erlebte und die einzelnen Maßnahmen häufig auch in einer bestimmten Reihenfolge umgesetzt wurden:*

1. individuelle Wohnungsanpassung und Vermittlung von Dienstleistungen
2. Betreutes Wohnen
3. Organisation von Dienstleistungen
4. strukturelle Wohnungsanpassung
5. Öffnung für neue Wohnformen
6. Gesamtkonzepte

1. Individuelle Wohnungsanpassung und Vermittlung von Dienstleistungen

Die ersten Wohnungsunternehmen, die bereits in der zweiten Hälfte der 80er Jahre Konsequenzen aus dem prognostizierten demographischen Wandel zogen, konzentrierten sich zunächst auf die Bereitstellung von Hilfen für ältere Mieter, die in ihren vorhandenen Wohnungen nicht mehr zurechtkamen. Zusammen mit anderen Initiativen zum Aufbau von Beratungsstellen zur Wohnungsanpassung begannen sie selbst Wohnungsanpassungsberatung anzubieten und neben der Beratung zu baulich-technischen Veränderungen auch die Vermittlung flankierender Dienstleistungen zu betreiben. Besonders viele Beispiele dieser Art finden sich bei Wohnungsunternehmen in Nordrhein-Westfalen, einem Bundesland, das – mit finanzieller Unterstützung durch die Landesregierung – auch auf kommunaler Ebene den Aufbau von Wohnberatungsstellen vorantrieb. Aber auch in den anderen Bundesländern kann mittlerweile von einer weiten Verbreitung der individuellen Wohnungsanpassung bei den Wohnungsunterneh-

men gesprochen werden. Allerdings verkennen die meisten von ihnen immer noch die immense Bedeutung einer zugehenden Wohnberatung, so dass vielfach nur ein Bruchteil des vorhandenen Anpassungsbedarfs befriedigt wird.

2. Betreutes Wohnen

Ebenfalls in der zweiten Hälfte der 80er Jahre entstanden die ersten Beispiele für Betreutes Wohnen. Diese neue Wohnform schien in idealer Weise die Bedürfnisse alter Menschen sowohl nach Sicherheit als auch nach Selbstständigkeit und Selbstbestimmtheit zu befriedigen. Sie wurde daher Anfang der 90er Jahre von verschiedenen Seiten als zukünftig boomendes Segment auf dem Wohnungsmarkt propagiert. Viele Unternehmen sprangen auf diesen Zug auf und glaubten guten Gewissens, damit ausreichend für ihre älteren Mieter gesorgt zu haben.

Zunehmende Vermarktungsschwierigkeiten und Unsicherheiten hinsichtlich der rechtlichen Rahmenbedingungen des Betreuten Wohnens ließen allerdings schon Mitte der 90er Jahre die ersten Investoren skeptisch werden. Gleichzeitig begannen angesichts einer im Westen beginnenden und im Osten sich verstärkenden Diskussion um wachsende Wohnungsleerstände einige Wohnungsunternehmen darüber nachzudenken, ob es richtig sei, mit dem Neubau betreuter Wohnanlagen ältere Menschen zum Auszug aus Bestandswohnungen zu animieren, für die man evtl. keine Nachmieter finden würde. Viel sinnvoller schien es doch, den Verbleib der älteren Mieter in ihren vorhandenen Wohnungen zu erleichtern.

3. Organisation von Dienstleistungen

Interessanterweise führte diese Erkenntnis nicht zuerst zu einer größeren Bereitschaft zur baulichen Wohnungsanpassung, dem traditionellen

Wirkungsfeld der Unternehmen. Vielmehr richtete sich das Interesse zunächst vorrangig auf die Bereitstellung von Dienstleistungsangeboten. Gesucht wurden Kooperationspartner aus dem sozialen Bereich, die sowohl Pflegeleistungen als auch hauswirtschaftliche Hilfen zur Verfügung stellen konnten. Nicht selten wurden Umfragen unter den älteren Mietern durchgeführt, welche Dienstleistungen sie benötigen. Als Folge der Umfragen wurden in Kooperation mit einzelnen Wohlfahrtsverbänden Angebotspakete geschnürt, die den Mietern zur Verfügung gestellt wurden. Die Enttäuschung war groß, als diese Angebote nicht im erwarteten Umfang in Anspruch genommen wurden. Neben vielen kleinen organisatorischen Mängeln in der Art der Bekanntmachung und Vermittlung der angebotenen Dienste waren es vor allem die hohen Preise der professionellen Dienstleister, die ältere Menschen davon abhielten, die Angebote in Anspruch zu nehmen.

Einige Unternehmen gingen daraufhin sehr erfolgreich dazu über, die Angebote selbst zu organisieren – sei es mit Zivildienstleistenden (wie die Baugenossenschaft Freie Scholle in Bielefeld), sei es mit der Organisation nachbarschaftlicher Hilfen auf Basis geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse (wie der Bauverein Leer eG). Mehrere Genossenschaften folgten der Freien Scholle eG und gründeten Nachbarschaftshilfevereine (z.B. Wohnungsgenossenschaft Hoyerswerda, Wohnungsbaugenossenschaft Union Gera). Die meisten Wohnungsunternehmen schrecken aber vor diesem Schritt zurück, weil sie sich unsicher fühlen, in das neue Arbeitsfeld der sozialen Dienstleistungen selbst einzusteigen.

4. Strukturelle Wohnungsanpassung

In letzter Zeit lässt sich zunehmend eine Hinwendung der Unternehmen zur strukturellen Wohnungsanpassung beobachten. Vor allem im Osten, aber auch im Westen Deutschlands wird

den Unternehmen immer bewusster, dass sie bei den bisher durchgeführten Neubau- und Modernisierungsmaßnahmen eine Chance verpasst haben, ihren Wohnungsbestand auf die zukünftigen Nachfragergruppen hin umzustrukturieren.

Die Umsetzung dieser Einsicht in die Praxis ist allerdings nicht einfach. Gesucht wird häufig nach einfachen Rezepten und Checklisten, die man abarbeiten kann. Ein einfaches Rezept wäre z.B., alle Erdgeschosswohnungen barrierefrei nachzubessern, bestimmte Gebäudetypen wie z.B. Hochhäuser mit vielen 1- oder 2-Zimmer-Wohnungen zu Altenwohnhäusern umzurüsten oder gezielte Nachverdichtungen mit barrierefreien Neubauten vorzunehmen. Das Denken in Sonderwohnformen für ältere Menschen ist auch bei der strukturellen Anpassung immer noch das vorherrschende Modell.

Hinweise darauf, dass ältere Menschen nur sehr ungern in Erdgeschoss-Wohnungen leben und die meisten auch das altersgemischte Wohnen in normalen Nachbarschaften bevorzugen, stören solche Denkmodelle. Eine weit verbreitete Auffassung ist auch, dass es sich bei nicht vorhandenem Fahrstuhl nicht lohnen würde, in Wohnungen ab dem 2. Obergeschoss überhaupt noch über Elemente von Barrierefreiheit nachzudenken, weil ein Mensch, der auf eine barrierefreie Wohnung angewiesen sei, schließlich sowieso keine Treppe mehr steigen könne. Der Hinweis auf die Situation eines Menschen, der einen Schlaganfall erleidet und dessen Behinderung sich wieder zurückbilden kann, gibt meistens zu denken.

Ganz schwierig wird die Diskussion immer dann, wenn es um kostenträchtige Maßnahmen wie den nachträglichen Anbau von Fahrstühlen oder die Ausstattung mit bodengleichen Duschen geht. Einige Unternehmen gehen mittlerweile davon aus, dass sich in Zukunft Gebäude mit mehr als drei Geschossen ohne Fahrstuhl nur noch schwer vermieten lassen werden, andere lehnen Nachrüstungen von Fahrstühlen aus Kostengründen rundweg ab. Einige Unternehmen sind der Auffassung, dass sich Wohnungen ohne Badewannen nicht vermieten lassen, andere haben gute Erfahrungen mit der Vermietung von Wohnungen mit bodengleichen Duschen gemacht. Bei diesen Themen beherr-

schen zur Zeit noch Glaubenskriege die Debatte.

Einzelne Unternehmen haben allerdings für sich weitgehend barrierefreie Standards formuliert, die bei allen anstehenden Sanierungs-, Modernisierungs- und Neubaumaßnahmen Berücksichtigung finden (z.B. GEWOBA, Bremen, Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft). Diese Unternehmen machen in der Regel keinen Unterschied mehr zwischen altergerechtem und sog. „normalem“ Wohnungsbau, da jeder Mensch einmal alt wird oder durch Krankheit oder Unfall auf eine barrierefreie Wohnung angewiesen sein kann. Ziel ist die lebenslang nutzbare Wohnung, die für viele Wechselfälle des Lebens geeignet ist – so wie es in der Präambel zur DIN 18025, Teil 2 „Barrierefreie Wohnungen“ formuliert worden ist.

5. Öffnung für neue Wohnformen

Neben dem Betreuten Wohnen sind in der Mitte der 80er Jahre auch verschiedene Formen des gemeinschaftlichen Wohnens entstanden, die in den letzten Jahren zunehmende Beachtung durch die Wohnungswirtschaft erfahren. Für diese Öffnung der Unternehmen gegenüber den sog. „alternativen Wohnformen“ gibt es mehrere Gründe:

- Zum einen gibt es vermehrt Wohngebäude und Grundstücke, die sich nicht mehr problemlos vermarkten lassen und für die dann auch unkonventionelle Nutzergruppen akzeptabel werden.
- Zum zweiten lässt sich bei den selbstorganisierten gemeinschaftlichen Wohnprojekten ein Trend zu weniger Ideologie und mehr Pragmatismus erkennen, der die Gruppen zu umgänglicheren Verhandlungspartnern für die Unternehmen macht.
- Zum dritten gibt es immer mehr Beispiele für ambulant betreute Pflegewohngruppen, die in normalen Wohnungen in vorhandenen Wohngebäuden eingerichtet werden können. Sie ermöglichen es auch Menschen mit hohem Pflege- und Betreuungsbedarf (z.B. auch Menschen mit Demenz) weiterhin in ihrer vertrauten Wohnumgebung in einem normalen Wohnquartier leben zu können. Mit ihrer Hilfe kann ein Wohnungsunternehmen

auch noch diejenigen Mieter im eigenen Bestand halten, bei denen die ambulante Betreuung in der eigenen Wohnung an ihre Grenzen stößt.

6. Gesamtkonzepte

Nur sehr selten kommt es vor, dass Wohnungsunternehmen im Hinblick auf ihre älteren Mieter Gesamtkonzepte zur Weiterentwicklung ihrer Wohn- und Serviceangebote erarbeiten. In aller Regel beginnen sie mit einer der oben dargestellten Maßnahmen und fügen dieser dann im Laufe der Zeit weitere Elemente hinzu. Dies ist auch insofern ein sinnvolles Vorgehen, als man aus den Erfahrungen der ersten Schritte lernen und diese Erfahrungen für die weiteren Schritte nutzen kann. Insbesondere diejenigen Unternehmen, die schon in den 80er Jahren mit dem Aufbau besonderer Wohn- und Serviceangebote für ihre älteren Mieter begannen, mussten sich langsam von einem Schritt zum anderen vortasten.

Das wohl bekannteste Beispiel hierfür ist die Baugenossenschaft Freie Scholle eG in Bielefeld. Dieses Unternehmen begann in einem ausgewählten Wohnquartier mit hohem Anteil älterer Mieter mit dem Aufbau einer Wohnungsanpassungsberatung. Die gewonnenen Einblicke in individuelle Mieterschicksale führten sehr schnell dazu, dass die Beratung auf die Vermittlung sozialer Dienstleistungen und die Organisation von geselligen Zusammenkünften ausgeweitet wurde. Um diesen Service auf alle Wohnquartiere ausweiten zu können, wurde ein gemeinnütziger Nachbarschaftshilfeverein gegründet, der in der Lage war, Spenden und Fördergelder zu akquirieren und zusammen mit den Mitgliedsbeiträgen so viel Geld aufzubringen, dass er selbst zum Anstellungsträger für weitere Sozialarbeiter und sogar zum Bauherren für ein Nachbarschaftszentrum werden konnte. In einem Zeitraum von rund 20 Jahren ist es der Freien Scholle eG gelungen, ein flächendeckendes Angebot an Nachbarschaftszentren mit einem Angebot an Wohnungsanpassungsberatung, sozialen Diensten und geselligen Veranstaltungen für seine älteren (und jüngeren) Mitglieder aufzubauen. Bei Neubauten und Modernisierungen wird grundsätzlich ein barrierefreier oder barrierearmer Standard realisiert, so dass sich das Angebot

an altengerechten Wohnungen kontinuierlich erweitert. Seit einigen Jahren gibt es auch mehrere ambulant betreute Wohngruppen für solche Menschen, die nicht mehr selbstständig in ihren eigenen Wohnungen leben können. Auf ein Betreutes Wohnen im herkömmlichen Sinn (als gesonderte Wohnform in einem speziellen Gebäude) kann die Freie Scholle verzichten, weil sie das Prinzip des Betreuten Wohnens auf ihren gesamten Wohnungsbestand angewendet hat.

Das Beispiel der Freien Scholle findet zwar überall Anerkennung. Die meisten Unternehmen scheuen aber davor zurück, selbst in ähnlichem Umfang tätig zu werden. Viele Argumente werden ins Feld geführt, warum ein solches Vorgehen für das eigene Unternehmen nicht in Frage kommt. Am häufigsten wird behauptet, dass Gesellschaften in ihren Handlungsspielräumen eingeschränkter sind als Genossenschaften, die häufig auch über starke Spareinrichtungen verfügen. Dieses Argument wird aber eindringlich widerlegt von solchen Gesellschaften, die auch unter schwierigen ökonomischen Rahmenbedingungen ein ähnliches Serviceangebot für ihre älteren Mieter aufgebaut haben (z.B. Wohnbau Salzgitter GmbH, Goslaer Wohnstättengesellschaft mbH).

Die Aktivitäten der zögerlichen Unternehmen beschränken sich zumeist auf den Bau Betreuter Wohnanlagen oder die Umwidmung spezieller Gebäude zu solchen Einrichtungen. Ergänzt wird dieses Angebot durch die Bereitschaft, auf besondere Anfrage einzelner Mieter Anpassungen in den Wohnungen vorzunehmen. Eine Wohnberatung findet nicht statt, schon

gar nicht eine zugehende Beratung, denn man möchte keine schlafenden Hunde wecken. Im Extremfall werden genehmigte Badumbauten noch mit der Auflage versehen, bei Auszug wieder den alten Zustand herstellen zu müssen. Das reduziert die Nachfrage nach Anpassungsmaßnahmen weiter. Für die notwendigen sozialen Dienstleistungen werden Verträge mit örtlich ansässigen Wohlfahrtsverbänden geschlossen, die damit einen Markvorteil gegenüber ihren Konkurrenten gewinnen, weil ihre Leistungen gezielt beworben werden. Für die älteren Mieter im normalen Wohnungsbestand ändert sich dadurch nicht viel. Unternehmen, die in dieser Weise halbherzig vorgehen, laufen Gefahr, einen Zug zu verpassen und sich letztlich bei der strukturellen Anpassung ihres Wohnungsbestandes an veränderte Nachfragergruppen als Langschläfer zu erweisen.

Bessere Chancen haben dagegen solche Unternehmen, die systematisch aus den Erfahrungen der Vorreiter-Generation lernen und das Gelernte zügig umsetzen. Diese „beherzten Späteinsteiger“ haben gute Chancen, die Vorreiter schnell einzuholen und teilweise sogar zu überholen, wie man am Beispiel der Vereinigten Wohnstätten 1889 eG in Kassel erleben kann.

Diese Genossenschaft entschloss sich vor zweieinhalb Jahren, eine im Themenfeld „Wohnen im Alter“ qualifizierte Sozialpädagogin einzustellen und ihr freie Hand beim Aufbau eines Wohn- und Serviceangebotes für ältere Genossenschaftsmitglieder zu lassen. Mittlerweile existieren in dieser Genossenschaft ein erfolgreich arbei-

tender Nachbarschaftsverein, zwei Nachbarschaftszentren, von denen aus ehrenamtliche und professionelle Hilfen organisiert werden, eine Wohnungsanpassungsberatung, verbindliche Kriterien für die strukturelle Wohnungsanpassung sowie ein gemeinschaftliches Wohnprojekt. All dies war nur deshalb innerhalb des knappen Zeitraums von zweieinhalb Jahren möglich, weil

- ausgiebig aus den Erfahrungen anderer Unternehmen gelernt wurde (Hospitation) und dadurch Fehler und Umwege der Vorreiter-Generation vermieden werden konnten,
- die Geschäftsführung die eingeleiteten Maßnahmen immer voll unterstützt hat.

Sicher haben in diesem Fall besonders günstige Rahmenbedingungen vorgelegen, die eine schnelle Realisierung der einzelnen Maßnahmen ermöglichten. Aber auch in anderen Unternehmen hat sich gezeigt, dass immer dann, wenn engagierten Mitarbeitern die notwendige Rückendeckung gegeben wurde, in kurzer Zeit sehr viel erreicht werden konnte (z.B. Spar- und Bauverein Hannover). In diesem Sinne bleibt zu hoffen, dass immer mehr Unternehmen zu beherzten Späteinsteigern werden, die ihren Wohnungsbestand und Serviceleistungen zügig an die Bedürfnisse ihrer älteren Mieterschaft anpassen.

Dr. Renate Narten, Büro für sozialräumliche
Forschung und Beratung, Hannover
E-Mail: R.Narten@t-online.de

Integriertes Wohnen – eine Analyse von Modellprojekten in der Nutzungsphase

■ *Der demographische Wandel hat die Frage nach Wohnalternativen für ältere Menschen ins Blickfeld gerückt. Veränderungen in der Nachfrage und – wenn auch zögerlich – im Angebot fokussieren den Aspekt, möglichst lange unabhängig leben und wohnen zu können. Eine der möglichen Varianten für ein selbstbestimmtes Wohnen im Alter ist das Generationen übergreifende „Integrierte Wohnen“.*

Anfang der 90er Jahre waren vier „integrierte“ Modellprojekte im Rahmen des „ExWoSt“-Programms (Experimenteller Wohnungs- und Städtebau) „Ältere Menschen und ihr Wohnquartier“ angetreten, diese Wohnalternativen zu erproben. Nach 10 Jahren Nutzungsdauer zeigt eine Untersuchung nun differenziert, welche räumlichen und sozialen Bedingungen integriertes Wohnen begünstigen oder erschweren.

Im Folgenden werden in einer Auswahl als räumliche Aspekte die Qualitäten von Standort, wohnungsnahen Freiräumen sowie Erschließung und Gemeinschaftsräumen betrachtet. Als wichtige soziale Aspekte einer solchen Wohnform erfolgt eine Analyse der Bereiche Partizipation sowie Nachbarschaft und Kontakte.

1. Problemhintergrund und Untersuchungsansatz

Die Herausforderungen an Wohnungs- und Sozialpolitik durch den demographischen Wandel sind ein umfangreich diskutiertes Thema. Sinkende Geburtenraten und eine steigende Lebenserwartung bedingen einschneidende gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen: Es ist mit einem zunehmenden Bedarf an altengerechtem Wohnungsbau und pflegerischer Versorgung zu rechnen. Gleichzeitig wird das Potential helfender Angehöriger abnehmen (Kremer-Preiß/Stolarz 2003: S. 5ff).

Nicht minder gravierende Veränderungen zeigen sich bei der Zielgruppe selbst: Stichworte wie „aktiv altern“, „gemeinsam statt einsam“, „selbstbestimmt leben“ usw. verweisen auf ver-

änderte Bedürfnisse und Erwartungshaltungen der Älteren. Nachgefragt werden Wohn- und Lebensformen,

- die über eine Kombination von räumlichen und sozialen Angeboten eine möglichst lange selbstständige Lebensführung gewährleisten,
- bei denen Unabhängigkeit und die Einbettung in ein soziales Netz kombinierbar sind,
- die bei einem angemessenen Angebot auch langfristig bezahlbar sind,
- und die Möglichkeiten der Selbstbestimmung bei Pflegebedarf mit einschließen (BMFJS 2000 Band 1: S. 21ff; Scherzer 2004: S. 8ff).

Eine der Wohnformen, die eine Antwort auf diese Bedürfnisse sein kann, ist das „Integrierte Wohnen“. Der Integrationsaspekt konzentriert sich für diese Wohnform auf eine Generationen übergreifende Perspektive: Menschen verschiedener Altersgruppen und Lebens-Zusammenhänge sollen durch soziale und räumliche Maßnahmen ein Mehr an nachbarschaftlichem Miteinander erfahren. Für ältere, aber auch jüngere Menschen ist damit die Absicht verbunden, Vereinsamungstendenzen entgegen zu wirken und Selbsthilfepotenziale zu aktivieren.

Bereits Anfang der 90er Jahre wurde im Rahmen des „ExWoSt“-Forschungsfeldes „Ältere Menschen und ihr Wohnquartier“ (1989–1992) formuliert, welche räumlichen und sozialen Qualitäten für eine solche Wohnform anzustreben seien. Vier Modellvorhaben wurden realisiert, ihre Standorte befinden sich in den Innenstädten von Kempten, Hamburg und Saarbrücken und am Rande der ländlichen Gemeinde Altusried im Allgäu. Es handelt sich bei allen vier Projekten um den Neubau überwiegend öffentlich geförderter Wohnungen, nur im Kemptener Projekt ist die Hälfte der Wohnungen frei finanziert. Die Modellvorhaben von Saarbrücken, Kempten und Altusried wurden von kommunalen Wohnungsbau-gesellschaften realisiert, das Hamburger Projekt von einer Genossenschaft. Die Projekte sind unterschied-

lich groß, die Anzahl der Wohnungen reicht von 15 Wohnungen in Hamburg bis zu 65 Wohnungen in Kempten. Die vier Modellvorhaben gehören zu den Pionieren des „Integrierten Wohnens“ in Deutschland, der *wohnbund* war seinerzeit maßgeblich an der Konzeption dieser Wohnform beteiligt (Brecht u.a. 1994).

Die Planungsphase dieser Modellprojekte wurde im üblichen Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus durch Begleitforschung flankiert und dokumentiert. Wie die einzelnen Vorhaben jedoch im laufenden Betrieb funktionieren, inwiefern die damit verbundenen Erwartungen eingetreten sind, die formulierten Ziele erreicht wurden und welche Erfahrungen man daraus für weitere Projekte gewinnen kann, konnte innerhalb des zeitlich begrenzten Programms nicht untersucht werden. Dieses Defizit war der Anlass für eine differenzierte Untersuchung der Nutzungsphase dieser Projekte (Scherzer 2004). Sie hatte das Ziel, Erkenntnisse darüber zu gewinnen, welche räumlichen und sozialen Bedingungen und Prozesse die Ziele des „Integrierten Wohnens“ begünstigen bzw. erschweren.

In einer Sekundärquellenanalyse und durch Primärerhebungen wurden Daten und Fakten zur Charakterisierung der Projekte ermittelt und ausgewertet. Die Untersuchung der einzelnen Projekte erfolgte durch Leitfadenterviews mit ausgewählten Bewohnern und Experten sowie Nutzungsbeobachtungen vor Ort. Aus einer Analyse von vier Modellvorhaben lassen sich zwar keine allgemein gültigen Erkenntnisse ableiten, dennoch sind die Ergebnisse für weitere Vorhaben dieser Art durchaus von Interesse.

2. Ergebnisse

„Integriertes Wohnen“ ist nur in einer Kombination von räumlichen und sozialen Voraussetzungen denkbar. Daher werden hier einige Aspekte beider Bereiche in aller Kürze vorgestellt:

Standort

Für die Wahl eines Standorts hat sich eine innerstädtische Lage sowohl in Großstädten (Hamburg, Saarbrücken) als auch in kleineren Städten (Kempten) als günstig erwiesen. Die Vorteile eines infrastrukturell gut ausgestatteten Wohnstandorts mit kurzen Wegen zu Kultur, Schulen, Einkauf sowie Sozialeinrichtungen gelten nicht nur für ältere Bewohner: „Hier kann ich überall alleine hin, meine Freunde müssen immer gefahren werden“, sagte eine Jugendliche. „Das ist gut hier mitten in der Stadt, vorher war ich zu weit draußen“, war die Einschätzung einer älteren Mieterin. Im Gegensatz dazu hat sich die dörfliche Randlage des Projektes in Altusried als äußerst ungünstig erwiesen: Vor allem die Älteren fühlen sich dort abgehängt und isoliert. Die Vorteile einer ruhigen Wohnlage im Grünen, die häufig als erstrebenswert angesehen wird, wiegen die Nachteile der strukturellen Unterversorgung nicht auf. Dieses Problem betrifft auch die jüngeren Bewohner.

Wohnungsnaher Freiraum

Bei Freiräumen in einem von verschiedenen Gruppen gemeinsam genutzten Wohnumfeld ist nicht nur eine hochwertige Gestaltung wichtig, sondern auch eine ausreichende Größe, die Möglichkeiten für Rückzug und Begegnung eröffnet. Hier hat vor allem das Projekt in Saarbrücken mit zwei sehr kleinen Höfen deutliche Defizite (Abb.1). Es kommt jedoch nicht nur auf



Abb. 1: Hofsituation im Saarbrückener Projekt

die Qualität und das Vorhalten von Flächen an, sondern entscheidend auf deren eindeutige Zonierung zwischen privat, halböffentlich und öffentlich nutzbaren Bereichen. Als problematisch erweist sich z.B. die Situation in Kempten, wo ein gemeinschaftlich nutzbarer, schmaler Gartenstreifen zwar hochwertig gestaltet ist, jedoch ohne Abgrenzung in die Terrassen der Erdgeschosswohnungen übergeht (Abb. 2). Das führt dazu, dass diesen Bereich kaum jemand nutzt. Die Erd-



Abb. 2: Garten in Kempten ohne Zonierung zwischen privaten und gemeinschaftlichen Flächen

geschossbewohner nicht, weil es nicht erkennbar ihr privater Garten ist, und die übrigen Bewohner nicht, weil sie den Erdgeschossmietern nicht „so vor der Nase rumsitzen“ wollen.

Erschließung

Die Entscheidung für ein Erschließungssystem und die ansprechende Gestaltung von Erschließungsflächen hat sich als ein wesentlicher Faktor für die Qualität der Wohnprojekte erwiesen. Dabei sind eine weitgehend barrierefreie Ausführung, ausreichend große Flächen und eine hohe Nutzungs- und Gestaltungsqualität wichtig. Im Kemptener Projekt stellen die großzügig gestalteten Laubengänge die wesentliche Kommunikationsbasis für die Bewohner dar (Abb. 3). Diese Flächen werden als erweiterte Eingangszone genutzt, hier trifft man sich beim Kommen und Gehen zum Smalltalk, im



Abb. 3: Laubengänge und barrierefreie Erschließung im Kemptener Projekt

Sommer wird dort Kaffee getrunken. Umgekehrt nehmen Bewohner im Hamburger Projekt an dieser Stelle Defizite wahr: Das innenliegende Treppenhaus ist schmal und unzureichend belichtet, von dort aus führen dunkle Flure zu den Wohnungseingängen. Die schlechte Aufenthaltsqualität wird von einer Bewohnerin bemängelt: „Ich finde das so blöd, immer muss man bei den Leuten klingeln, die verschwinden doch immer gleich in ihren Löchern“.

In der Untersuchung wurde klar, dass Barrierefreiheit eine zentrale Bedingung für selbstbestimmtes Wohnen im Alter darstellt. Es wurde aber ebenso deutlich, dass sich Wohnqualitäten für Ältere nicht auf diesen Punkt reduzieren lassen. Barrierefreiheit lässt sich außerdem nicht nur durch die Einrichtung von Aufzügen und Rampen erreichen. Schwergängige Türen und Umwege schränken die Mobilität genauso ein wie Treppen und Schwellen. Das zeigt das Beispiel eines älteren gehbehinderten Mieters des Hamburger Projektes, der es vorzog, wieder auszuziehen (trotz Aufzug), weil er die schwergängige Eingangstür nicht ohne fremde Hilfe bedienen konnte. Ein weiteres Beispiel ist das eines Rollstuhlfahrers im Saarbrückener Projekt, dessen Wohnung im Hochparterre nicht vom Aufzug erschlossen ist. Er muss um den ganzen Block fahren, eine Tür in der Hofmauer auf- und wieder abschließen, über eine Rampe durch den Hof fahren, um dann endlich von der Rückseite des Hauses zu seiner Wohnung zu gelangen (Abb. 4).

Gemeinschaftsräume

Gemeinschaftsräume sollten die Basis für nachbarschaftliche Aktivitäten bilden. In der Untersuchung der Projekte hat sich gezeigt, dass dabei nicht nur die Vorhaltung von Räumen entscheidend ist, sondern auch deren Größe, Gestaltungsqualität, Ausstattung, Organisationsform und Standort.

Wenn ein solcher Raum nur als Alibi fungiert, wie im Saarbrückener Projekt ein feuchter, niedriger Kellerraum, eignet er sich nicht als gemeinschaftsstiftendes Element (Abb. 5). Von entscheidender Bedeutung ist auch die Frage der Verfügbarkeit. Das Hambur-



Abb. 4: Barrierefreie Erschließung mit Umwegen (Saarbrücken)

ger Projekt wurde von den Grauen Panthern initiiert, sie stellten sich als Mieter für den gesamten gut ausgestatteten Erdgeschossbereich zur Verfügung. Die damit verbundenen Fixkosten jedoch müssen durch eine möglichst häufige Vermietung an



Abb. 5: Gemeinschaftsraum im Keller (Saarbrücken)

externe Gruppen erwirtschaftet werden. Das belebt zwar die Aktivitäten der Grauen Panther und das Quartier, die Projektbewohner fühlen sich jedoch „außen vor“ da dieser Bereich für sie nur sehr eingeschränkt verfügbar ist.

Die Nutzung von Gemeinschaftsräumen in Selbstverwaltung hat sich als förderlich für gemeinsame Aktionen erwiesen. Dabei sind räumliche und organisatorische Voraussetzungen günstig, die in geringem Umfang auch eine externe Nutzung bzw. eine Mischnutzung mit professionellen Angeboten ermöglichen. Positives Beispiel ist hier in Kempten ein prominent

gelegener und gut ausgestatteter Gemeinschaftsbereich, der gemäß Bewohnerbeschluss intern und auch extern genutzt werden kann und darüber hinaus an drei Nachmittagen der Woche von einem professionellen Pächter als Café geführt wird (Abb. 6).

Partizipation

Der Partizipation der Bewohner in der Planungsphase wurde vor allem von den Begleitforschern erhebliche Bedeutung beigemessen. Über die frühzeitige Mitwirkung sollte die Identifikation mit dem Projekt und eine längerfristige Mitwirkungsbereitschaft generiert werden. Dieser Zusammenhang lässt sich in keinem der Fälle belegen. Identifikation konnte in den untersuchten Projekten nicht durch ein Mitbestimmungsverfahren „hergestellt“ werden. Entscheidend scheint vielmehr ein Maß an bereits vorhandener Motivation zu sein, sich auf eine solche Wohnform einzulassen. Das mag an den Verfahren selbst gelegen haben. Trotz ihrer sehr unterschiedlichen Handhabung – von völlig vernachlässigt bis sehr engagiert – nahmen die Bewohner aller Projekte ein Missverhältnis zwischen Aufwand und Nutzen wahr und bemängelten die lange Dauer des Verfahrens. (bei allen Projekten ca. vier Jahre). Dadurch gab es eine hohe Fluktuation der Wohnungsbewerber, die Gruppe der Älteren war davon besonders betroffen. Sie wollten nicht mehr „ewig“ auf ihre Projektwohnung warten müssen und suchten dann nach einer anderen Lösung. Diese Erfahrungen legen nahe, dass Partizipation in der Planungsphase in einem klar strukturierten Prozess ablaufen sollte. Außerdem müssten die Spielräume für die Bewohner vorher klargestellt werden und die Wirkung ihres Engagements in einem zeitlich überschaubaren Rahmen sichtbar sein. In diesem Zusammenhang ist der Zeitpunkt der Einbindung von zukünftigen Nutzern sehr sorgfältig abzuwägen. Diese Aspekte sind nicht neu, bekommen aber im Hinblick auf ältere Mieter eine besondere Bedeutung. Außerdem wird es künftig wichtig sein, Informationsstrategien zu entwickeln, um motivierte Wohnungsbewerber zu erreichen, bzw. Motivation im Vorfeld anzuregen.

Eine weitere Erkenntnis ist, dass Bewohnermitbestimmung in der Nutzungsphase eine noch entscheidendere Funktion bei der Förderung von

Identifikation und Mitwirkungsbereitschaft hat als die in der Planungsphase. Hier können alle Bewohner – auch neu Zugezogene – durch Mitwirkung direkt profitieren. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass im Kemptener Projekt, wo Formen der Bewohnermitbestimmung in der Planungsphase von den beteiligten Planern und Investoren wirklich ernst genommen wurden, sich auch im laufenden Betrieb besonders taugliche Elemente der Teilhabe entwickelt haben. Sie erweisen sich als wirkungsvoller Motor für gemeinschaftliche Aktionen. Die Bewohner haben



Abb.6: Eingang Bewohnercafé und Gemeinschaftsbereich (Kempten)

die Nutzungshoheit über den Gemeinschaftsbereich und können über die Einnahmen aus der Vermietung einer Gästewohnung verfügen. Dazu äußerte ein Experte der Begleitforschung: „Jede Mark Budgethoheit bringt Leute an einen Tisch, und dann spüren sie auch den Nutzen mitzumachen.“

Nachbarschaft und Kontakte

Die Zielvorstellung, durch die Projekte den Kontakt unter den Generationen zu aktivieren und vor allem die Wohnsituation von Älteren zu verbessern, hat sich nur in Einzelfällen erfüllt. Das liegt daran, dass in den Projekten zum Zeitpunkt der Untersuchung nur wenige ältere Menschen wohnten. Intensivere Kontakte bestehen jedoch unabhängig von Alter oder Lebenssituation dort, wo Nachbarschaftshilfe gefragt ist und auch geleistet wird. Es handelt sich dabei nicht um regelmäßige Unterstützungsleistungen, sondern um gelegentliche Gefälligkeiten, die wiederum Auslöser für eine intensivere Kommunikation untereinander sind. Diese Bewohner nehmen ihre Situation meist positiv wahr und stellen eine Verbesserung zu ihrer vorherigen Wohnsituation fest. In allen Pro-

jekten gibt es aber auch frustrierte Bewohner, die sich vor allem auf dem Sektor der Nachbarschaftshilfe mehr erwartet hatten. Zum Teil liegen die Gründe dafür bei den räumlichen und sozialen Defiziten, teils auch in einer überzogenen Erwartungshaltung, die in der Gründungsphase etwas zu idealistisch aufgebaut wurde. Das Hamburger Projekt hatte sogar die konzeptionelle Vorgabe, dass die Bewohner sich als Wohn-Pflege-Gemeinschaft begreifen sollten. Informelle Pflegeleistung untereinander sollten professionelle Hilfsdienste ergänzen. Diese Idee erwies sich als illusorisch, da eine regelmäßige Hilfe die Bewohner überforderte und vor allem auch Hilfebedürftige dies als eine zu weit reichende Einmischung in ihre Privatsphäre werteten. Eine Bewohnerin sagte dazu: „Wo regelmäßige Hilfe anfängt, hört Nachbarschaftshilfe auf“.

Nur im Kempfener Projekt gibt es „organisierte“ Kontakte, d.h. rege Bewohneraktivitäten wie regelmäßige Treffen, Veranstaltungen, Feste und eine Bewohnerzeitung. Dadurch entstehen auch mehr informelle Kontakte. Das liegt daran, dass die räumlichen und vor allem die sozialen Rahmenbedingungen hier eine günstige Ausgangsposition bieten: Die Bewohner können auf großzügige Erschließungsflächen mit Aufenthaltsqualität, einen tauglichen Gemeinschaftsbereich, ein selbstverwaltetes Budget und eine soziale Begleitung durch das Unternehmen zurückgreifen.

Ist Integriertes Wohnen zukunftsfähig?

Integriertes Wohnen ist eine von mehreren sinnvollen Wohnalternativen, die selbstständiges und aktives Älterwerden ermöglichen, für die jedoch besondere Rahmenbedingungen erforderlich sind:

- ein zentraler, innerörtlicher Standort mit guter Infrastrukturausstattung,
- eine nutzerorientierte Gestaltung der Wohnungen und des gesamten Wohnumfelds, die Möglichkeiten für Rückzug und Begegnung bietet,
- Erschließungsbereiche, die Aufenthaltsqualität haben und barrierefrei sind,

- gemeinschaftlich nutzbare Bereiche, die günstig gelegen, hochwertig gestaltet und gut verfügbar sind,
- in der Planungsphase für die Bewohner zeitlich und inhaltlich klar definierte Mitbestimmungsmöglichkeiten bei Grundrissen, Nutzungskonzeption und Organisation,
- in der Nutzungsphase Angebote der Teilhabe wie z.B. Nutzungshoheit von Gemeinschaftsräumen, Bewohnerbudget, Selbstverwaltung und Mitsprache bei organisatorischen Belangen,
- personelle Ressourcen für Bewohnerbegleitung in Planungs- und Nutzungsphase und für die umfassende Information von Wohnungsbewerbern bei Erst- und Folgebelegung.

Die bei der Investition und im laufenden Betrieb kostenrelevanten Elemente werden auf Seiten der Wohnungsbau-Gesellschaften gerne pauschal als „zu teuer“ eingestuft. Die Frage nach der ökonomischen Tragfähigkeit konnte im Rahmen der Untersuchung nicht detailliert geklärt werden. Hier wären Untersuchungen erforderlich, die wohnungswirtschaftliche Aspekte und Fragen der Ökonomie von Sozial- und Pflegeleistungen verbinden. Es ist zu vermuten, dass „Integriertes Wohnen“ wirtschaftlich keine Nachteile gegenüber konventionellen Wohnformen hat, wenn eine Gesamtbetrachtung aller Faktoren vorgenommen wird. Weiche Faktoren, wie z.B. Bewohnerzufriedenheit und Imagegewinn sind zwar kaum messbar, bei Wohnverhältnissen, die ihren Nutzern bedarfsgerechte räumliche und soziale Angebote und verantwortliche Teilhabe bieten, ist jedoch erfahrungsgemäß eine Reduzierung der Kostenfaktoren Leerstand, Vandalismus und Fluktuation zu erwarten. Außerdem hat sich gezeigt, dass ältere Menschen in solchen Wohnformen länger selbstständig und aktiv bleiben. Eine aufwändige Unterbringung in Sonderwohnformen kann damit hinausgezögert oder sogar vermieden werden.

Es ist zu hoffen, dass die oben genannten Aspekte Maßstab für Leistungsfähigkeit, Qualität und Konkurrenzfähigkeit von Wohnungsunternehmen werden. Diese Einschätzung wird von der Tatsache unterstützt, dass

auf Seiten der Wohnungswirtschaftsverbände die Nachfrage nach Beratung und Fortbildung zu altengerechtem Wohnen stetig wächst (Narten 2003/2004). Der Beratungsbedarf bezieht sich – offensichtlich auch angestoßen durch die Leerstandsproblematik – hauptsächlich auf den Wohnungsbestand. Ein verstärktes Angebot an Teilhabe, Dienstleistungen und eine entsprechend Senioren, aber auch Familien, Alleinstehenden etc. gerechte räumliche Veränderung von bestehenden Wohnanlagen könnte eine Strategie sein, die sozialen und räumlichen Qualitäten des Bestands zu verbessern und Mieter zu halten.

Literatur

BRECH, Joachim u.a., 1994: *Integriertes Wohnen – ein Modell für den sozialen Wohnungsbau*. Verlag für wissenschaftliche Publikationen, Darmstadt

BMFSJF (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), 2000: *Bundesmodellprogramm „Selbstbestimmtes Wohnen im Alter“*. Band 1–13, Bonn

KREMER-PREISS, Ursula / STOLARZ, Holger, 2003: *Neue Wohnkonzepte für das Alter und praktische Erfahrungen bei der Umsetzung. Eine Bestandsanalyse*. In: „Leben und Wohnen im Alter“ (KURATORIUM DEUTSCHE ALTERSHILFE und BERTELSMANN STIFTUNG, Hrsg., Köln

NARTEN, Renate 2003/ 2004: *Wohnen für Senioren*. Artikelserie. In: vdw Magazin (Niedersachsen, Bremen)

SCHERZER, Ulrike 2004: *Integrierte Wohnmodelle in der Nutzungsphase. Eine Nachuntersuchung von vier Modellvorhaben des „Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus – ExWoSt“*, Dissertation, RWTH Aachen. Erschienen bei: KURATORIUM DEUTSCHE ALTERSHILFE: Forum 39, Köln

Ulrike Scherzer, Dr.-Ing., studierte Architektur und Stadtplanung in Stuttgart, lebt seit 1996 in Dresden, promovierte 2003 an der RWTH-Aachen bei Prof. Dr. Klaus Selle und Prof. Dr. Hartmut Häußermann; arbeitet überwiegend zum Thema „Wohnen im Alter“. Mitglied der Wohnbund-AG „Stadtumbau Ost“
E-Mail: uc.scherzer@t-online.de

Teil 2

„Bewegungen“ / Projekte

Kathrin Helbig

Selbstorganisierte Alten-Wohngemeinschaft der Freien Altenarbeit Göttingen e.V.

Am Anfang war der Wunsch ...

... und der hieß: Nicht ins Heim! Mit diesem Ziel gründeten 1986 alte Menschen zusammen mit Altenpflegerinnen und Altenpflegern den gemeinnützigen Verein „FREIE ALTENARBEIT GÖTTINGEN e.V.“. Neben Arbeitsfeldern wie der Anerkennung der Altenpflege als gleichwertigem Berufsbild neben der Krankenpflege und der Entwicklung und Etablierung einer Sozialstation mit ambulantem Pflegedienst, kristallisierte sich bald das *Wohnen im Alter* als Schwerpunktthema heraus.

Mit Gesprächsrunden, Planspielen u.a. näherten sich die Vereinsmitglieder dem Thema an. Alles hypothetisch ... wie würden wir wollen wenn...

Und plötzlich wurde es konkret: Die Stadt Göttingen, in persona die Sozialdezernentin, bot dem Verein für seine Wohnidee ein Haus an.

Der Wunsch nimmt Formen an ...

... und hat Jugendstilcharakter: eine Villa im Stadtgebiet, Baujahr 1905, zuletzt als städtisches Altenheim genutzt und schwer sanierungsbedürftig. Die wurde dem Verein zur Verfügung gestellt für das Projektvorhaben „Alten-Wohngemeinschaft“. Und zwar mietfrei, unter der Auflage, dass der Verein sich um die Sanierung und den Umbau kümmert und für dessen Finanzierung sorgt.

... bekommt einen Vertrag:

Der Verein trägt für die Nutzungsdauer, die 1993 vertraglich auf 25 Jahre festgelegt wurde, die volle Verantwortung für die Instandhaltung des Hauses und übernimmt sämtliche Kosten und Pflichten von den Grundbesitzabgaben bis hin zur Pflege des alten Baumbestands im Garten.

Von den 1,66 Mio. DM Umbaukosten übernahm 500.000 DM das Land Niedersachsen, 100.000 DM die ARD-Fernsehlotterie und 10.000 DM die Göttinger Brauhaus AG. Für den Rest wurden mit städtischer Bürgerschaft Darlehen aufgenommen, die über die Mieteinnahmen zurückgezahlt werden.

...wird gestaltet:

Das, was sich „Nutzerpartizipation“ nennt, galt von Anfang an. Die Architektin beschreibt das heute ungefähr so: „Ich kam mit meinen Vorstellungen auf die Baustelle, so und so wird das gemacht. Und traf dort auf 11 alte Frauen, die ihre eigenen Vorstellungen hatten. Mit denen musste ich mich auseinandersetzen, und das musste ich erstmal lernen. Auch das Bild in meinem Kopf erstmal verändern – im Jahr zuvor war meine Großmutter gestorben, auf dem klassischen Weg, gesundheitlicher Abbau, Altenheim, Sterben, Tod. Die hat am Ende nichts mehr selbst entschieden. Und hier standen nun plötzlich elf ebenso alte Frauen, die sehr wohl wussten, was sie wollten und sich die Entscheidung nicht aus der Hand nehmen ließen. Dass das anders ist als auf anderen Baustellen, hat auch mein Chef begriffen und hat mich nur noch für dieses Projekt abgestellt (was nicht normal ist), weil das mehr Zeit braucht. Es war anstrengend und schön, ich habe viel dazu gelernt. Am Ende haben sie mir ein Buch geschenkt, da stand vorne drin: ‚Von Ihren elf Großmüttern‘.“



... und sieht nun so aus:

Beim Umbau wurde ein Fahrstuhl eingebaut und das ganze Haus barrierefrei gestaltet. Die künftigen Mieterinnen hatten gesagt: „Ein gemeinsames Bad und Küche, das wollen wir nicht, das erinnert an Zwangsraumbewirtschaftung und Notzeiten. Und wir wollen die Tür auch mal hinter uns zu machen können.“ So entstanden elf separate Wohnungen, bis auf eine Einraum-Wohnung jeweils Zwei-Zimmer-Wohnungen mit eigenem Duschbad und kleiner Küchenzeile, zwischen 31 m² und 48 m². Dazu über das Haus verteilt 340 m² Gemeinschaftswohnfläche mit großer Küche (3 Herdstellen), Salon, Bibliothek, 2 Gastwohnungen, zwei allgemein zugängliche Bäder, davon eines mit Badewanne. Ergänzt wird dies durch viel Stauraum in Dachboden, Wirtschaftskeller und Waschküche.

Der Doppelcharakter des Hauses ...

... entsteht dadurch, dass der ehemalige Kartoffelkeller für den Trägerverein ausgebaut wurde, der dort 2 Gruppen- und 2 Büroräume hat. Hier wird nicht nur das Haus verwaltet und instand gehalten, sondern maßgeblich der Projektcharakter der Wohngemeinschaft mit gestaltet: Beratung und Projektvorstellung, Kontakt zu Presse und Medien, Evaluation (s. Artikelende) und Konzept(weiter)entwicklung – all dies ist im Souterrain des Hauses zu finden.

Hier wurzelt außerdem das zweite Projekt im Haus: das Göttinger Zeitzeugenprojekt. Seine Keimzelle lag in der Alten-WG, wo schon bald nach dem Einzug (Januar 1994) ein starkes Interesse an Austausch über Erfahrungen in der NS-Zeit zur Gründung einer ersten Gesprächsgruppe führte. Ab 1995 konnte dieses Interesse mit professioneller Unterstützung gefördert und ausgebaut werden. Heute blickt das Zeitzeugenprojekt auf lange Jahre regelmäßiger Veranstaltungen und Gruppen zurück, die allesamt professionell moderiert werden und mit biographischen Methoden die Vergangenheit und Gegenwart aufarbeiten, um die Zukunft bewusster gestalten zu können. Mit diesen 20–30 öffentlichen Veranstaltungen kommen im Jahr ca. 1000–1500 Menschen ins Haus. An Impulsen und Öffnung nach außen mangelt es also nicht – auch wenn es natürlich den einzelnen Mitbewohnerinnen frei steht, an den Veranstaltungen teilzunehmen oder nicht. Aber wer im Haus wohnen will, muss damit einverstanden sein, dass die WG keinen rein privaten Charakter hat.

... wirkt der Ghettobildung entgegen:

Denn im Zeitzeugenprojekt suchen und fördern wir gezielt den Dialog zwischen den Generationen. Viele Menschen haben keine Kinder oder Enkelkinder; und wer sie hat, stellt oft fest, dass manche Themen im Familienkreis nicht gut zu bereden sind. In den „Erzählcafés“, „Aktuellen politischen

Foren“ und den „Biographiegruppen“ gibt es jederzeit die Möglichkeit zum Austausch mit Jüngeren, Älteren oder Gleichaltrigen.

Wer im Haus wohnt und dies nicht will, zieht sich zurück und lässt die Veranstaltung Veranstaltung sein. Das gilt genauso für

... das Mit- und Ohneinander in der WG:

Ohne Lust auf ein Leben im Gruppenkontakt braucht sich niemand eine freiwerdende Wohnung überhaupt nur anzusehen. Die Verbindlichkeit in der



Gruppe ist hoch, auch wenn der einzige wirklich verbindliche Termin die wöchentliche WG-Sitzung ist, in der alle Belange besprochen werden, die die Gruppe, die Einzelnen, das Haus oder den Garten angehen. Jede WG-Frau übernimmt nach Kraft und Fähigkeit eine Aufgabe in der Alltagsgestaltung. Alle anderen Kontakte entstehen aus gemeinsamen Interessen und je nach Lust und gegenseitiger Sympathie. Hieraus sind auch die jeweiligen Fürsorglichkeiten füreinander bis hin zu gegenseitigen Betreuungsverfügungen für den Fall der Fälle erwachsen.

... die soziale Balance:

Auf dem Haus liegt eine Stiftungslage, die besagt, dass die Stadt das Gebäude jederzeit sozialgebunden nutzen muss. Wenn die WG sich also einig geworden ist über eine Person als neues WG-Mitglied, muss das Einvernehmen der Stadt eingeholt werden, die darüber „wacht“, dass hier kein „Reiche-Leute-Wohnen“ entsteht. Nach innen hin setzt sich dies fort:

durch einen Mietfonds, aus dem monatliche Mietzuschüsse ausgeschüttet werden und über die WG-Kasse, in die jedes WG-Mitglied je nach Einkommensverhältnissen einzahlt.

... die Alters- und Geschlechterfrage:

Zur Zeit leben 11 Frauen zwischen 65 und 91 Jahren im Haus, davon sind fünf über 80 Jahre alt. Nur Frauen – das ist so entstanden, weil die männlichen Interessenten „bebügelt und bekocht“ werden wollten. Die derzeitige Gruppe ist offen für neue männliche Bewerber.

... Konflikte und Pflegebedarf:

Der Umgang mit Konflikten ist sehr vielfältig: manches wird schweigend ausgehalten und unter den Teppich gekehrt, anderes offen ausgetragen und geklärt. Als ein Konflikt einmal zu groß wurde, hat die Gruppe die Hilfe einer Supervisorin in Anspruch genommen. „Das hat uns geholfen, im Bedarfsfall werden wir das wieder

tun“, sagen die WG-Frauen.

Wenn ein WG-Mitglied Unterstützung braucht, helfen die anderen so gut sie können, auch in Kooperation mit ambulanten Pflegediensten. In drei Fällen hat der Pflegebedarf das überschritten, was im Haus zu leisten war – die Frauen wechselten in Pflegeheime. Ob dieser Schritt nicht doch vermieden oder zumindest noch weiter hinaus geschoben werden kann, daran wird im Trägerverein gerade konzeptionell weitergestrickt.

Literatur:

Eine Auswertung der ersten 6 Jahre Alten-WG wurde 2000 im Junfermann-Verlag veröffentlicht: Astrid Osterland „Nicht allein und nicht ins Heim“ – Alternative: Alten-WG.

Kathrin Helbig Geschäftsführerin des Vereins Freie Altenarbeit Göttingen e.V., nebenberuflich selbstständige Krankengymnastin, Am Goldgraben 14, 37073 Göttingen
Tel.: 05 51-4 36 06, Fax: 05 51-54 19 14
E-Mail: FreieAltenarbeitGoettingen@t-online.de
Web: www.FreieAltenarbeitGoettingen.de

„Nicht ohne Uns“

Ältere MigrantInnen in Deutschland

Ausgangsbedingungen

Nach aktuellen Zahlen leben in der BRD rund 720 000¹ Menschen über 60 Jahre, die nicht deutscher Herkunft sind. Nicht einbezogen sind die älteren MigrantInnen, die bereits eingebürgert sind. Alle Fachleute weisen darauf hin, dass diese Zahl in den nächsten Jahren noch zunehmen wird. So wird es nach Prognosen des DRK² im Jahre 2010 1,3 Millionen MigrantInnen geben, die älter als 60 Jahre sind.

Angesicht dieser Prognosen stellt sich die Frage, inwieweit sich die Politik und die gesellschaftlich relevanten Institutionen auf diese Zielgruppe hin orientieren.

Betrachtet man die gegenwärtige Situation, so lässt sich festhalten, dass die Rahmenbedingungen für ältere MigrantInnen in der BRD im Allgemeinen als sehr problematisch bezeichnet werden können: insbesondere, wenn sie hilfe- und pflegebedürftig werden. Entsprechende Angebote fehlen bislang.

Für die in diesem Bereich tätigen Institutionen gilt in der Regel, dass sie häufig nicht wissen, wie sie Zugang zu dieser Zielgruppe finden, obwohl viele Probleme und Belastungen im Alter nicht direkt ausländer-spezifisch sind. So bestehen im Bereich der ambulanten Kranken- und Altenpflege aufgrund der religiösen und kulturellen Besonderheiten und der sprachlich bedingten Verständigungsschwierigkeiten große Versorgungslücken. Für die Unterstützung der häuslichen und familiären Pflege älterer MigrantInnen sind psychosoziale und ergänzende professionelle Hilfen für die pflegenden Familienangehörigen erforderlich.

Als positiv kann festgehalten werden, dass sich die Diskussion um die Gruppe der älteren MigrantInnen in den letzten zehn Jahren verstärkt hat und dass es erste Versuche und Umsetzungsschritte gibt, entsprechende Angebote als 'Modellversuche' auf den Weg zu bringen. Trotzdem haben diese Versuche aus der Sicht der älteren MigrantInnen, die in relativer Iso-

lation von der deutschen Gesellschaft leben und oft kaum der deutschen Sprache mächtig sind, kaum quantitative und qualitative Auswirkungen. Auch findet der Aspekt, dass bei den älteren MigrantInnen die eigene Kultur, Sprache und Religion vermehrt an Bedeutung gewinnt, häufig keine Berücksichtigung.

So müssen viele der älteren MigrantInnen auf ihren Familienzusammenhalt bauen und bekräftigen den Wunsch nach vertrauter Umgebung.

In den wenigen Projekten, die sich an ältere MigrantInnen richten, findet sich bislang meist eine Orientierung auf relativ einfach umsetzbare baulichen Maßnahmen (z.B. die Einrichtung eines Gebetsraumes) statt. Nachfolgende positive Projektbeispiele geben einen Überblick über das aktuelle Spektrum von Handlungsansätzen.

Projektideen und Beispiele

Haus Am Sandberg /Pflege- und Altenheim in Duisburg

Das Projekt: Am Sandberg zeigt ein gutes Beispiel, wie sich vorhandene Einrichtungen auf die spezifischen kulturellen und sprachlichen Bedürfnisse der MigrantInnen einstellen können.



Foto Internetdarstellung: www.drk-nordrhein.net/haus-am-sandberg/home.html

„Das Wichtigste für sein Altenheim ist, dass die Mitarbeiter die Muttersprache der Bewohner sprechen,“ so Krause. „Denn gerade Alzheimer-Patienten vergessen im Verlauf der Krankheit besonders schnell ihre Deutschkennt-

nisse und können schließlich nur noch in ihrer Muttersprache reden. Ein Drittel des Personals im Duisburger Seniorenheim kommt deswegen aus einem anderen Kulturkreis.“

Stiftungsdorf Gröpelingen – Alte Feuerwache –



Foto Internetdarstellung: www.bremer-heimstiftung.de/haeuser/groepelingen/groepelingen.htm

„Weiterhin bietet unser Dorf eine Außenwohngruppe von Friedehorst, die für behinderte jüngere Menschen ein Zuhause schafft. Gleiches gilt für die 13 Wohnungen für ältere muslimische Migrantinnen und Migranten, deren Familien häufig im Bremer Westen leben.“

Das im Bau befindliche Projekt soll bis Ende 2004 für 13 ältere MigrantInnen insbesondere aus dem angrenzenden Stadtteil ein Wohnangebot offerieren. Eine enge Verzahnung mit den im Stadtteil verorteten Vereinen (Sport-, Kultur- und

Moscheevereinen) ist bereits bei der Planung berücksichtigt worden. Die geplanten Wohnungen sollen im Bad ein Bidet (taharet muslugu) erhalten; ein Multifunktionsraum (Gemeinschafts- und Gebetsraum) ist ebenfalls geplant.

¹ Statistisches Bundesamt 2003

² DRK-Informationspapier: „Älter werden in Deutschland“ 1999

Seniorenbüro International Essen und Seniorenwegweiser für MigrantInnen

Ein wichtiger Beitrag für die SeniorInnen mit Migrationshintergrund aus Essen stellt der Seniorenwegweiser dar. Er schließt eine Informationslücke, von der insbesondere ältere MigrantInnen betroffen sind.



Titelseite: Seniorenwegweiser Essen

Pflegedienste

Alle Statistiken weisen darauf hin, dass die Gruppe der ausländischen Seniorinnen und Senioren eine der am stärksten wachsenden Bevölkerungsgruppen in Deutschland ist. Diese demographische Entwicklung hat unmittelbare Auswirkungen auch auf die Pflegedienste und auf den Bereich der Altenpflege. Die Pflegedienste stehen damit vor neuen Herausforderungen, entsprechend den Bedürfnissen der Menschen mit Migrationshintergrund, ihre Angebote neu zu überdenken. Unter den Schlagworten „interkulturelle Kompetenz“ und „interkulturelle Öffnung“ werden Anpassungsmaßnahmen forciert. Aber auch immer mehr MigrantInnen und Migrantinnen mit einer entsprechenden Ausbildung, die für sich eine Marktlücke sehen, machen sich im Pflegebereich selbstständig. Einige Beispiele von Pflegediensten in Köln verdeutlichen die Situation. (s. Tabelle oben)

Schlussbetrachtung

Die dargestellten Ausgangsbedingungen und positiven Projekte (immer noch Einzelfälle) machen deutlich, dass es in der Gesamtlandschaft rund um Projekte für ältere MigrantInnen

Häusliche Krankenpflege Andreas Akwara
Mobiler Kranken- und Altenpflegedienst Giuseppino
Pflegedienst Okt „ESRA“ Hajczuk & Partner
Ambulante Kranken- u. Seniorenpflege Delia Lledos-Fahi
Häuslicher Pflegedienst Asci & Oparnica
Pflege team Erdal
AGS – Pflegedienst
APA – Ambulanter Pflegedienst Aydin
MAWIS Pflege- und Beratungszentrum
Pro-Med GmbH
Mani häusliche Krankenpflege

Liste aus: <http://www.fknrw.de/sites/menu8/m8u1.php>

bislang an Gesamtkonzepten, in die vorhandene Theoriekenntnisse und Praxiserfahrungen einfließen, fehlt. Vielmehr werden immer neue Versuche und 'Modellprojekte' gestartet, verbunden mit der Hoffnung, Lösungen zu finden, die in Zukunft mehr Breitenwirksamkeit entfalten.

- Zu bemängeln ist, dass viele Projekte und Modellvorhaben die Bedarfslage der MigrantInnen nur unzureichend ermitteln, da die Sozialisation und die durch Kultur bedingten Handlungs- und Kommunikationsmuster keine Berücksichtigung finden. Hier ist eine bedürfnisorientierte Planung, die Offenheit propagiert, unbedingte Voraussetzungen für das Gelingen von Projekten. Denn die Gruppe der MigrantInnen ist keine homogene Gruppe, die immer gleiche Bedarfe hat. So stellt sich die Frage, ob in einer Einrichtung (z.B. betreutes Wohnen), die auch Muslime betreuen will, ein Gebetsraum (Mescid) eingerichtet werden muss oder nicht. Es gibt durchaus Muslime, die dieses im Zusammenhang mit Wohnen ablehnen.
- Zu bemängeln ist, dass diese Projekte und Modellvorhaben die konkreten Lebenswelten, -milieus nur unzureichend berücksichtigen. Zwar sind viele Aspekte des Alterns gleich, aber die ökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen unterscheiden sich. Diese Tatsache müsste sich in einer lebensweltorientierten Planung widerspiegeln. So ist es wichtig zu wissen, dass ein großer Teil der älteren MigrantInnen – insbesondere die erste Generation – das Pendeln zwischen dem Heimatland und dem Einwanderungsland bevorzugt³. In

³ Vgl. Zentrum für Türkeistudien 1998; S. 10

der Konsequenz heißt dies, dass sie jedes Jahr mehrere Monate z.B. in der Türkei verbringen wollen.

- Zu bemängeln ist, dass diese Projekte in der Regel von deutschen Institutionen mit deutschen Projektentwicklern für MigrantInnen entwickelt werden. MigrantInnen werden erst dann einbezogen, wenn das Pilot-, Modellprojekt sicher finanziert ist, somit auch Konzeption, Ziele und Verfahren festgelegt sind. Dann werden sie oft als Vermittler zwischen den Kulturen verstanden. Dabei sind die Entscheidungsebenen der Projekte in deutscher Hand und MigrantInnen erhalten projektbezogene Zeitverträge. Vielmehr müssten sich die Institutionen im Vorfeld solcher Projekte den MigrantInnen öffnen und entsprechendes Fachpersonal einbeziehen.
- Zu bemängeln ist, dass MigrantInnenselbstorganisationen, die sich für soziale und kulturelle Belange der eigenen Ethnie einsetzen, nicht gestärkt werden. Wer „Nachhaltige Integration“ und die „Teilhabe von MigrantInnen“ am gesellschaftlichen Leben in der BRD erreichen will, muss unbedingt eingefahrene Routinen verlassen und Prozesse und Organisationsstrukturen neu gestalten, so dass auch MigrantInnen sich in diesen Strukturen zurechtfinden können.

Gerade Projekte für ältere MigrantInnen brauchen eine entsprechende Beratungs- und Koordinierungsstelle, die Projektvorhaben zum einen berät und begleitet, zum anderen aber auch bestehende Erfahrungen zusammenführt, um endlich von der 'Ausnahme' zur 'Regel' zu kommen und eine Vernetzung vorhandener Akteure vorantreibt. Ein wesentliches Element hierbei müsste die Einbindung – in die vorhandenen Strukturen – der MigrantInnenorganisationen sein, die sowohl die Sprachfähigkeit als auch das Kulturverständnis mitbringen.

Mustafa Cetinkaya
WohnBund-Beratung NRW GmbH
Herner Straße 299
44809 Bochum
Tel. 02 34-9 04 40-51
E-Mail: mustafa.cetinkaya@wbb-nrw.de
Web: www.wohnbund-beratung-nrw.de

„Stadthaus statt Haus“ – Friedlandstraße, Aachen

Die Projektidee

Gemeinsam älter werden, möglichst generationsübergreifend in einer Art „Wahlfamilie“ war das Motto, unter dem sich die Gruppe gefunden hat.

Eine weitere tragende Idee in dem Konzept ist das Thema „zurück in die Stadt“ und jüngeren Familien die größeren Wohnungen/Häuser frei machen. Dieses Anliegen spiegelt sich heute in dem Namen „Stadthaus statt Haus“ wider.

„Individualität in der Gemeinschaft“ ist der Leitgedanke, der auch Ausdruck in der baulichen Gestalt findet.



Nordost-Ansicht – Eingangsseite Friedlandstraße



Grundstück:	Im Stadtzentrum Aachens, Friedlandstraße 12, 875 qm Grundstücksfläche
Gebäude:	Geschosswohnungsbau, Eigentumswohnanlage, 5 Vollgeschosse plus Staffelgeschoss und Tiefgarage mit 10 Stellplätzen
Wohnungen:	15 Wohneinheiten und 1 Gemeinschaftswohnung
Wohnfläche:	1.246 qm inkl. Gemeinschaftswohnung
Ökolog. Standards:	Niedrigenergiestandard, Blockheizkraftwerk, Photovoltaikanlage, Regenwassernutzung zur Balkon- und Gartenbewässerung
Projekt-Laufzeit:	2-4/2000 Erwerb des Grundstücks 4/2000 Gründung Bewohnerverein 8/2002 Bezug des Projektes 11/2002 Einweihung
Bauherr:	Bauleutegemeinschaft „Stadthaus statt Haus“
Architektur u. Beratung:	Dipl.Ing. Ursula Komes Aachen, Kardinalstraße 9

Die Architektur

Im Vordergrund stand die Umsetzung des Leitgedankens „Individualität in der Gemeinschaft“ in Architektur.

In einer Baulücke ist ein 5-geschossiges Gebäude plus Staffelgeschoss mit fünfzehn individuellen Wohnungen

entstanden. Über Balkone bzw. Terrassen haben die Wohnungen einen direkten Zugang zum Garten.

Wohnungsmix: 15 Wohnungen von 37 qm bis 120 qm,
Gemeinschaftsfläche: Gemeinschaftswohnung 80 qm, Dachterrasse,

Erschließungshalle, gemeinsamer Garten.

Wegen der Lage an einer stark befahrenen Straße befinden sich im Erdgeschoss zur Straße gemeinschaftlich genutzte Nebenräume wie Waschküche, Fahrrad-, Müllraum und Tiefgaragenzufahrt. Eine Ausnahme bildet



Südwest-/ Garten-Ansicht

die Gemeinschaftswohnung, die durch eine große Öffnung Einblick gewährt und dem Verein die Möglichkeit bietet, sich nach außen zu präsentieren.

Für alle Wohnungen in den Obergeschossen sind straßenseitig Schallschutzmaßnahmen getroffen worden.

Vier Wohnungen pro Etage gruppieren sich um eine gemeinschaftliche Erschließungshalle, die mit einer Glasfassade als Lärmschutzwand zur Straße geschlossen ist. Die Erschließungshalle ist die bauliche Klammer, die die individuellen Einheiten zusammenhält. Durch die Transparenz der Glas-Schallschutzwand wird die Beziehung zum öffentlichen Raum hergestellt. Die breiten Galerien und der Erschließungshof bieten viel Raum für zwanglose Kontakte und gemeinschaftliche Aktivitäten.

Die Gruppe

Die Suche nach einem Grundstück war die erste und schwierigste Hürde. Nach Festlegung auf das Grundstück Friedlandstraße veränderte sich die Gruppenzusammensetzung. Eine Kerngruppe von ca. fünf Personen ist bis heute der „Motor“.

Bereits zu diesem Zeitpunkt gehörten der Gruppe zwei zukünftige Mieter an. Für diese haben sich aus der Gruppe heraus Investoren gefunden.

In wöchentlichen Sitzungen wurde das Projekt voran gebracht. Neben Planungsfragen bestimmten die Suche neuer Kaufinteressierter, die Vereinsgründung, Finanzierungsfragen und Fördermöglichkeiten, die Trägerform sowie die Inhalte der Gemeinschaftsordnung die wöchentlichen Gruppensitzungen.

Die Finanzierung

Alle Wohnungen sind frei finanziert. Fünf Parteien reinvestierten den Erlös vom Verkauf ihres Einfamilienhauses am Stadtrand.

Es entstanden 15 Eigentumswohnungen und eine Gemeinschaftswohnung. Neun Eigentümer nutzen Ihre Wohnungen selbst. Sechs Wohnungen sind vermietet.

Eigentümer der Gemeinschaftswohnung ist der Verein „Stadthaus statt Haus“ e.V. Das Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen (MFJFG) hat im Rahmen des Programms „Neue Wohnformen im Alter“ die Gemeinschaftswohnung sowie die Projektentwicklung und -begleitung zu 80% gefördert. Die Gemeinschaftswohnung hat eine 25-jährige Zweckbindung. D.h. die Räume müssen im Rahmen

öffentlicher Veranstaltungen auch der Nachbarschaft zugänglich sein.

Als Trägerform wurde die WEG nach Wohnungseigentumsgesetz gewählt. Um die Ziele des Wohnprojektes zu sichern, ist die Gemeinschaftsordnung Bestandteil des Kaufvertrages geworden. Hier sind die Bedingungen für die Veräußerung einzelner Eigentumswohnungen, das Verfahren bei Vermietung von Wohnungen und manches mehr festgelegt.

Alle Bewohnerinnen und Bewohner des Hauses sind Mitglied in dem Verein „Stadthaus statt Haus e.V.“. Im Prinzip sollen Wohnungen nur an Mitglieder des Vereins vermietet oder verkauft werden.

Das Projekt „Stadthaus statt Haus“ ist ein vollständig selbstorganisiertes Projekt, das mit viel Engagement und „Herzblut“ vorangetrieben wurde. Der Identifikationsgrad ist demzufolge sehr hoch.

Ulla Komes, Architektin, Aachen
*Planungsgruppe WohnStadt,
Architektur – Stadtplanung,
Kardinalstr. 9, 52070 Aachen
Tel.: 0241-151921
Fax: 0241-7019493*



Gemeinschafts-Dachterrasse



Erschließungshalle - Treppenhaus

Die Renaissance der Beginenhof-Bewegung in Deutschland.

■ Vor sieben Jahren begann sie, die Renaissance der Beginenkultur in Deutschland.

Unabhängig voneinander, d.h. nichts voneinander wissend, wurden im Jahre 1997 zwei Beginen-Projekte gegründet: das eine in Thüringen und das andere in Bremen. Diese beiden völlig unterschiedlichen Beginenhöfe sind bis heute die einzigen fertigen Anlagen, die bewohnt sind. In Tännich, 30 km südlich von Erfurt, leben zur Zeit 13 Beginen zusammen in einem alten Gutsbesitz im ländlichen Raum und renovieren zum großen Teil die Gebäude selbst. Wenn einmal das ganze Anwesen fertig gestellt sein wird, können dort mindestens 40 Frauen leben.

In Bremen dagegen entstanden in einem Neubau in der Innenstadt 85 Wohnungen unterschiedlicher Größe für allein stehende Frauen, bzw. allein erziehende Mütter. Außerdem wurden sämtliche Parterreflächen für Geschäfte, Praxen, Büros oder Läden konzipiert.

Die mittelalterlichen Vorbilder der heutigen Beginen waren ebenfalls allein stehende, berufstätige Frauen, die nicht in ein Kloster gehen wollten und auch die Ehe als Lebensperspektive für sich ablehnten. Damals wie heute waren Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Beginen ein Hauptmerkmal. Es gab große und kleine Beginenhöfe, reiche und arme, ländliche und städtische. Das Gemeinsame und Verbindende waren die

- Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht,
- die Unabhängigkeit vom Mann und
- die Bindung an die christliche Religion.

Heute ist Religiosität nicht mehr Bedingung, sondern viel mehr Privatsache jeder einzelnen Begine, ebenso wie sexuelle Neigung oder politische Anschauung, sofern sie auf demokratischer Grundlage basiert und die Menschenrechte respektiert. Wichtig ist, dass sich die Frauen aufeinander beziehen, sich gegenseitig unterstützen und ein Gemeinschafts- und Zusammengehörigkeitsgefühl entwickeln, wodurch Einsamkeit und Isola-

tion überwunden werden. Dies bezeichnen wir als Wahlverwandtschaft und verstehen darunter eine Ergänzung zur Blutsverwandtschaft.

Auch unter den heutigen Beginen herrscht schon wieder eine große Vielfalt: So kann man deutliche Unterschiede feststellen zwischen den sozial-caritativ ausgerichteten Beginen, den feministisch-politisch orientierten, den religiös-frommen Beginen und den Pragmatikerinnen. Aber diese Unterschiede werden nicht als Problem, sondern als Bereicherung angesehen, die die Solidarität der Frauen nicht beeinträchtigt, sondern vielmehr stärkt.

Offensichtlich ist es die ständig wachsende Zahl allein stehender Frauen, die zwar ihre Unabhängigkeit bewahren, trotzdem aber in eine Gemeinschaft eingebunden sein wollen, die die Ursache für das große Interesse an der Renaissance der Beginenkultur erklärt. Bei der Suche nach vernünftigen und praktikablen Lösungen scheint vielen älteren Frauen der Beginenhof die bessere Lösung vor einem Heimplatz, Residenz oder betreutem Wohnen zu sein, weil ihre Autonomie respektiert wird und die Kosten nicht überhöht sind. Und da Beginenhöfe ausdrücklich das generationsübergreifende Zusammenleben fördern wollen, fühlen sich auch viele allein erziehende Mütter angesprochen und senken signifikant den Altersdurchschnitt der Bewohnerinnen. Auch eine soziale Mischung aus Eigentums-, Miet- und Sozialzialwohnungen ist erwünscht und angestrebt, jedoch befinden sich in der Planung auch reine Eigentums-, bzw. reine Mietprojekte. Voraussichtlich werden im nächsten Jahr fünf neue Beginenhöfe gebaut, davon vier in Nordrhein-Westfalen und ein weiterer in Berlin.

In den letzten 7 Jahren wurden in zahlreichen Städten Deutschlands Beginenvereine gegründet, die alle das Ziel verfolgen, so bald wie möglich



Das Logo des ersten Beginenhofs – die Spirale ist das Gemeinschaftslogo der Beginenhof-Bewegung

einen Beginenhof zu errichten und darin zusammen zu leben.

Ende März 2004 wurde deshalb ein Dachverband der Beginen gegründet mit Teilnehmerinnen aus Bielefeld, Bremen, Essen, Dortmund, Hamburg, Köln, Minden, Paderborn, Schwerte, Tännich und Tübingen. Leider fehlten die Vertreterinnen aus Berlin, München und Rostock.

Als Zweck und Aufgabe wurde in der Satzung des Dachverbandes formuliert:

1. Die Vernetzung, Interessenvertretung und Förderung der heutigen Beginenkultur.
2. Die Zuständigkeit für eine bundes- und europaweite Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.
3. Die Erforschung der Beginenkultur und die Verbreitung der Forschungsergebnisse.
4. Die Gründung einer Beginen-Stiftung.

Am letzten Wochenende im August 2004 wird die erste ordentliche Mitgliederversammlung des Dachverbandes der Beginen in Tännich stattfinden. Dieser Termin ist fast schon eine Tradition, denn dann findet bereits zum dritten Mal ein bundesweites Beginentreffen statt. Nach dem Willen der Organisatorinnen soll dies auch immer so bleiben. Für die Freundschaft der Beginen untereinander, für die Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls und für den Austausch von Informationen und Erfahrungen sind regelmäßige Zusammenkünfte unerlässlich. Auch ein gemeinsames Logo stärkt das Gemeinschaftsgefühl. Die

Beginnen haben sich für die Spirale entschieden, das älteste Frauensymbol überhaupt.

Die Finanzierung neuer Beginenhöfe ist mit Abstand das größte Problem, weil einerseits die Armut immer noch weiblich ist und andererseits die öffentlichen Kassen leer sind. Dabei ist den meisten in mittleren und langfristigen Zeiträumen denkenden Menschen längst klar, dass mit Beginenhöfen sehr viel Geld an Heimplätzen eingespart werden kann, weil sich die Frauen gegenseitig helfen, so lange dies menschlich zumutbar ist. Erst wenn es gar nicht mehr anders geht, sollen die ambulanten Pflegedienste bemüht werden, die ja für solche Aufgaben ins Leben gerufen wurden. Auch sehen es die heutigen Beginnen als ein Menschenrecht an, im eigenen Bett sterben zu dürfen. Dies war in früheren Zeiten eine Selbstverständlichkeit und sollte es auch wieder werden. Jede Begine muss selbst entscheiden, wie sie ihren letzten Lebensabschnitt gestalten möchte, und dieser Wunsch ist zu respektieren.

Für die meisten Beginnen spielen solche Überlegungen im Alltag nur selten eine Rolle. Da geht es mehr um die Nachbarschaftshilfe bei vorübergehenden Krankheiten, das Organisieren der Einkäufe, das Essen kochen usw. In solchen Notsituationen hat sich das Zusammenleben in den vergangenen drei Jahren (seit Mai 2001 wurde der Bremer Beginenhof bezogen) sehr bewährt. Alle Frauen, die vorher ja alleine gelebt haben, fühlten sich im Beginenhof in Krisenzeiten bestens versorgt und gut aufgehoben.

Im Freizeitbereich zeigt sich deutlich, wie individualistisch die meisten Beginnen sind, wie sehr der Wunsch nach Gemeinsamkeit und tatsächlicher Teilnahme an gemeinsamen Aktivitäten auseinander klaffen. So werden die Initiativen für einen Singkreis, für einen Yogakurs, für eine Tanzgruppe u.ä. immer nur von einem relativ kleinen Kreis der Bewohnerinnen wahrgenommen, und auch die monatlichen Versammlungen sind nur spärlich besucht. Je nach Einstellung interpretieren die einen dieses Verhalten mit

Desinteresse und verbinden damit das Scheitern der Beginnenidee, die anderen sehen es als ein gutes Zeichen, dass es keine gravierenden Probleme im Alltagsleben gibt und empfinden dies als positiv.

Im Bremer Beginenhof gibt es kaum Reglementierungen. Der oberste Grundsatz ist das Prinzip der Freiwilligkeit. Einige stören sich daran und wollen mehr Verbindlichkeit, anderen ist es gerade recht so.

Jedes Zusammenleben in einem Gemeinschaftswohnprojekt hängt von den Menschen ab, die dort leben und wird von ihnen geprägt. Immer sind es die eigenen Erwartungen, die entweder Enttäuschungen oder Begeisterung erzeugen. Deshalb kann man auch verschiedene Beginenhöfe nicht miteinander vergleichen, sie können höchstens von den dort lebenden Frauen beschrieben werden. Und deren Eindrücke und Schilderungen sind wiederum notgedrungen subjektiv. Bemerkenswert ist auch, wie sich ein großer Teil der Frauen seit ihrem Einzug in den Beginenhof verändert haben, die meisten im positiven Sinne.

Unter den Bremer Beginnen wurde das Konzept der Integration einer Pflegestation in den Beginenhof lange diskutiert und dann einstimmig abgelehnt, aus den schon weiter oben genannten Gründen: Man will im eigenen Bett und in der vertrauten Umgebung vom Leben und den Freundinnen Abschied nehmen können. Die Vorstellung, die letzten Tage anonym in einem Krankenzimmer verbringen zu müssen, empfinden die meisten als menschenunwürdig, weil sie sich abgeschoben und nicht mehr wahrgenommen fühlen.

Möglicherweise ist diese Vorstellung falsch und ungerecht, aber sie ist weit verbreitet. Hingegen vergrößert sich immer mehr die Akzeptanz von Hospizen, die so eingerichtet sind, dass vertraute Personen Tag und Nacht bei den Sterbenden anwesend sein können und wo es darüber hinaus professionelle Hilfe und Pflege gibt.

Nach unserer Überzeugung sind Beginenhöfe für eine sehr große Zahl allein stehender Frauen die ideale Lebensform. Sie verdienen es, seitens der Politik und der öffentlichen Hand unterstützt und beraten zu werden, denn sie sind ein konkreter Beitrag zur Humanisierung der Gesellschaft. Außerdem tragen sie dazu bei, die Zahl teurer Heimplätze zu reduzieren und ein selbstbestimmtes Leben bis zum Ende führen zu können. Das Problem der Altersheime ist u.a., dass die Menschen dort übertsorgt werden, sich überflüssig vorkommen und ihr Selbstbestimmungsrecht eingeschränkt wird, wodurch der Alterungsprozess unnötig beschleunigt wird. Zum Beispiel sind Haustiere, die oft ein wichtiger Faktor für die Lebensqualität von älteren Menschen sind, in den meisten Altersheimen untersagt, in Beginenhöfen dagegen erlaubt. Auch die Tatsache, dass in skandinavischen Ländern Altersheime seit fast zwei Jahrzehnten gesetzlich verboten sind, sollte uns zu denken geben.

Im Mittelalter entstanden die meisten Beginenhöfe durch Stiftungen wohlhabender Väter von Töchtern oder von begüterten Frauen.

Heute suchen die Beginnen die Zusammenarbeit mit sozial eingestellten Wohnungsbau-Genossenschaften, nachdem sie die Erfahrung gemacht haben, dass die Gründung eigener Beginnen-Genossenschaften sehr aufwendig und teuer ist. Der Stiftungsgedanke bleibt als leuchtendes Ideal als Fernziel erhalten, doch es werden sicherlich noch Jahre vergehen, bevor das Kapital für eine Stiftung zusammengebracht wird. Die heutige gängige Praxis von Wohnungseigentümerinnengemeinschaften wird als notwendiges, nicht zu umgehendes Modell angesehen, weil es gesetzlich vorgeschrieben ist. Aber langfristig streben Beginnen die Form von Gemeinschaftseigentum an, die nur durch Stiftungen zu erreichen ist.

Dr. Erika Riemer-Noltenius, Politikwissenschaftlerin, seit 2003 im Bundesvorstand der feministischen Partei DIE FRAUEN. Initiatorin des Bremer Beginenhof Projektes
E-Mail: info@beginenhof.de
Web: www.beginenhof.de

Die Wirklichkeit von „Utopia“

Erfahrungen im generationsübergreifenden Frauenprojekt „Offensiv Altern – Offensiv Leben“

■ Als im April 1999 24 Frauen vom Verein „Offensiv Altern“ ihr neu erbautes Wohnhaus am Berliner Stadtrand bezogen, beendeten sie mit Erleichterung eine 10-jährige Streit- und Planungsphase, um ihre Utopie vom Wohnen in einer Gemeinschaft – bestehend aus älteren Frauen sowie jungen Müttern mit Kindern – zu verwirklichen. Als Bauherr fungierte die Berliner Bau- und Wohnungsgenossenschaft von 1892, die bereits mit dem benachbarten Pilotprojekt „Kommunikativ Wohnen“ neue Wege zur Aktivierung gemeinschaftsorientierter Lebensformen beschritten hatte.

Noch in der Planungsphase sahen die zukünftigen Bewohnerinnen ihrem neuen Lebensabschnitt voller Erwartungen entgegen.

„Utopia

... wäre es nun aber da, das Haus, das Traumhaus? Es hätte Garten, der keine aufwendige Gartenarbeit erfordert, wäre im Grünen, Wald- und Wassernähe, doch nicht zu weit von belebter Innenstadt ... Eine jede hätte natürlich ihre eigene Wohneinheit ... Gemeinschaftsräume brauchen wir und feiern wollen wir auch öfter ... Das Haus soll kein Hochhaus sein, modern, das ja, aber auch alt und gemütlich ... Es ist ein ruhiges Haus und voller Leben, denn wir möchten, dass auch junge Frauen mit Kindern, Katzen, Hunden und anderem Hausgetier dort wohnen.“ (Dokumentation „Offensiv Altern“, Berlin 1993)

Heute, fünf Jahre nach Bezug, diskutiert eine Runde aus sechs, vornehmlich älteren Frauen durchaus ambivalent über die ursprünglichen Wunschvorstellungen, aber auch ihre aktuellen Erfahrungen. *„Es gibt Höhen und Tiefen und ich finde das gar nicht so schlecht, man profitiert auch davon. Aber es ist nicht einfach – es ist sehr schwer, so gemeinsam, so nah zu wohnen.“ (Int-1)*

Dabei boten die Rahmenbedingungen gute Voraussetzungen für die Umsetzung der hohen Projektansprüche: Mit



Das Haus am Ortolanweg

der Genossenschaft hatte der kleine Verein einen professionellen Partner gewonnen, der die technische und finanzielle Realisierung des Modellvorhabens im Programm des Berliner sozialen Wohnungsbaus übernahm. Das planende Architektenteam Liepe und Steigelmann konnte auf die Erfahrungen anderer genossenschaftlicher Wohnprojekte mit kommunikativen Schwerpunkten zurückgreifen und war den Anliegen der Frauen gegenüber aufgeschlossen.

Zur Realisierung kam ein fünfgeschossiger Bauteil, der den städtebaulichen Auftakt am Ortolanweg bildet. Hier befindet sich auch die zentrale Erschließung mit Treppenhaus und Lift. Die anschließenden Gebäude reduzieren sich im Wendehalsweg auf drei Geschosse und nehmen die vorhandenen baulichen Strukturen und Elemente der gegenüberliegenden Genossenschaftshäuser auf. Die halböffentlichen Bereiche bieten ein breites Kommunikationsfeld. So sind nicht nur die gläsernen Flure, Laubengänge und Treppenhäuser beliebte Aufenthaltsorte für Kinder und Hausbewohnerinnen. Transparente Durchblicke und Gemeinschaftsbalkons lassen viel-

seitige Offenheiten und Nutzungsmöglichkeiten zu.

Auf das Wohnen in selbständigen Einheiten wurde trotz des gemeinschaftsorientierten Ansatzes großer Wert gelegt. Alle Wohnungen sind zudem behindertengerecht erschlossen. Im Ergebnis ist jeder Grundriss unterschiedlich angepasst und so räumlich wie funktional eine Palette an Wohnalternativen entstanden. Gemäß dem generationsübergreifenden Konzept sind die größeren Wohnungen für allein erziehende Mütter mit Kindern gedacht. Hier spielten die Anforderungen an die Gleichwertigkeit der Räume eine besondere Rolle, die im Gegensatz zu herkömmlichen Aufteilungen (kleines Schlafzimmer, großes Wohnzimmer) neue Haushaltsformen begünstigen.

Das Leitbild des gemeinschaftsorientierten „Miteinander Wohnens“ erhielt vor allem durch den zweigeschossigen Gemeinschaftsraum im Kreuzungspunkt der Anlage seine bauliche Entsprechung. Dieser ist mit einer Küche ausgestattet und war ansonsten den Bewohnerinnen zur eigenen Ausgestaltung überlassen. Als Zusatzeinrichtungen gibt es eine Gäs-

tewohnung sowie diverse Räume im Keller zur freien Nutzung. Größere Garten- und Freiflächen bieten zusätzliche Begegnungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten.

Problematisch beurteilt wurde zunächst von vielen der abgeschiedene Standort, weit entfernt vom Berliner Kiez-Geschehen. Heute werden eher die positiven Seiten des grünen, ruhigen Wohnumfelds hervorgehoben: *„Ich komme aus Kreuzberg und war anfangs sehr skeptisch wegen der Lage hier draußen – ich brauchte ein Jahr, um mich daran zu gewöhnen, im Winter so ohne Auto. Aber die äußeren schönen Umstände wiegen das Negative auf. Man wohnt hier super klasse!“* (Int-5)

Das gemeinsame Alltagsgeschehen konfrontierte die Frauen jedoch mit ungeahnten Problemen, so dass schon einige der ursprünglichen Mitstreiterinnen das Haus verlassen oder sich vorzugsweise in die eigene Wohnung und Privatheit zurückgezogen haben. Gerade die zentrale Projektidee des generationsübergreifenden Wohnens schien die größten Herausforderungen und Schwierigkeiten mit sich zu bringen. Dabei spielt sich das Spannungsfeld nun vor allem zwischen den jungen Müttern und der „Oma-Generation“ ab.

„Ich bin in das Projekt gekommen, nachdem ich lange Jahre so etwas gesucht habe. Ich fand die Idee des Zusammenwohnens zehnmal besser als das Altwerden als Single. Was ich hier besonders problematisch finde, ist das Generationsübergreifen. Manche haben noch ihren ‚Mutterdrall‘ drauf und einige junge Frauen haben ihr Mutterproblem nicht bearbeitet – dadurch kommt es ganz schön zu Auseinandersetzungen. Wobei ich es wunderschön finde, dass wir hier Kinder haben.“ (Int-2)

„Ich bin der Meinung, man muss auf die Jungen zugehen. Wenn man nicht kommt, dann denken die, wir wollen sie nicht. Ich bin viel mit jungen Frauen zusammen. Sie haben mir aber auch schon gesagt: ‚Du bist nicht unsere Mutter, bleib‘ auf dem Teppich.‘ Man muss sich oft zurücknehmen.“ (Int-1)



Das Zusammenleben muss erst gelernt werden

Zur Zeit haben sich jeweils Kleingruppen von älteren und jüngeren Frauen gebildet, die ihren speziellen Interessen nachgehen, was angesichts der Projekterwartungen an gegenseitiger Hilfe und Unterstützung als problematisch empfunden wird. Statt der erwarteten, sich quasi automatisch einstellenden Solidarität zwischen den Frauen werden die Bewohnerinnen nun mit typischen Generationskonflikten und gegenseitigen Vorurteilen konfrontiert, was das miteinander Leben zu einer dauerhaften Lernaufgabe gestaltet und wohl auch dazu geführt hat, sich von allzu anspruchsvollen Erwartungen zu verabschieden.

„Die Nähe kann auch Angst machen. Es ist einerseits sehr schön, aber man kann sich auch bedrängt fühlen. Man ist es ja sonst nicht gewohnt. Hier erwartet man mehr, auch von sich, und das ist nicht einfach.“ (Int-6)

Obwohl unterschiedliche Auffassungen zur Erziehung existieren, werden doch generell die Kinder als Belebung und große Bereicherung empfunden:

„Wenn die Kinder hier nicht ab und zu mal durchs Haus toben würden, dann käme ich mir vor wie im Altenheim. Das ist so schön zu beobachten, weil man sie ja alle kennt, wie sie von Jahr zu Jahr größer werden. Das würde ich sehr vermissen, wenn die nicht mehr da wären.“ (Int-6)

Trotz Spannungen und Querelen bleiben doch, insbesondere wenn über herkömmliche Wohnformen nachgedacht wird, viele positive Aspekte: *„Was ist die Alternative? Geht man zurück, hat man zwar die Probleme nicht mehr, aber man ist dann auch alleine. Das Positive überwiegt dann doch, dadurch dass man nicht alleine ist. Ausziehen würde ich nie.“* (Int-3)

Die Interviews (Int) wurden im Juni 2004 mit Bewohnerinnen des Projekts geführt.

Literatur:

Ein Bericht über die Vorgeschichte sowie die erste Aneignungsphase des Projekts erschien unter dem Titel: *Offensiv Altern – Offensiv Leben, Ein generationsübergreifendes Projekt der Berliner Bau- und Wohnungsgenossenschaft von 1892 eG.* (ISBN 3-930075-18-0)

Renate Amann, Dipl.-Ing.-Arch, und Barbara von Neumann-Cosel, Dipl. Volksw., sind seit Gründung 1994 Geschäftsbesorgerinnen des Genossenschaftsforums e.V. in Berlin
E-Mail: genossenschaftsforum@t-online.de
Web: www.berliner-genossenschaftsforum.de

WIR – Wohnen im (Un-)Ruhestand e.V.



■ Im Rahmen eines Stadtteilprojektes der Diakonie in Herne entstand 1992 eine Wohngruppe. Diese kleine Gruppe von sieben älteren Menschen befasste sich mit der Frage: Entsprechen die heutigen Wohnformen den Vorstellungen älterer Menschen? Und, wie möchten wir, auch wenn wir noch älter werden, einmal wohnen. Begleitet wurde diese Gruppe von der in der Wohnberatungsstelle der Diakonie Herne beschäftigten Mitarbeiterin. Die Teilnehmer dieser Gruppe hatten alle erlebt, dass Eltern oder andere ihnen nahe stehende Familienangehörige in hohem Alter noch in ein Alten- oder Pflegeheim überwechseln mussten, obwohl dies vielleicht bei entsprechender Hilfestellung und Ausstattung ihres Wohnumfeldes nicht unbedingt erforderlich gewesen wäre.

Zunächst wurde bei dem 14-tägigen Treffen der Gruppe ausführlich und oft auch recht hart diskutiert. Hierbei musste erst einmal festgelegt werden, welche Wohnform wünschenswert war. Sollte es eine Wohngemeinschaft oder eine Hausgemeinschaft sein? Wollen wir gemeinsames Wohnen von Jung und Alt oder nur Alt? Nach langer Überlegung entschied sich die Gruppe für eine Hausgemeinschaft, in der nur ältere Menschen zusammen wohnen sollten. Wir stellten uns eine Gemeinschaft gleich gesinnter älterer Men-

schen vor, die in einem Haus zusammen, aber jeweils in der eigenen Wohnung wohnen. Haus und Wohnungen sollten altengerecht ausgestattet sein, und die Lage des Hauses müsste stadtnah, eine Grünanlage möglichst zu Fuß erreichbar sein. Ganz wichtig war für uns das Vorhandensein eines Gemeinschaftsraumes in diesem Haus. Wir glaubten, mit einem solchen Modell unser Ziel

- keine Vereinsamung im Alter durch Kontakte und gut nachbarschaftliche Beziehungen untereinander
 - Erhalt der eigenen Fähigkeiten durch gegenseitige Hilfe
 - Selbstorganisation professioneller Hilfen im Bedarfsfall
 - Verbleiben in den eigenen vier Wänden bis ans Lebensende erreichen zu können.
- Unser Motto lautete: „Nicht nur dem Leben Jahre sondern den Jahren Leben geben“ – denn erfüllte Jahre bedeuten ein Stück Lebensqualität im Alter.

Der nächste Schritt war der Entwurf eines Modell-Konzepts vom gemeinsamen Wohnen mit einem ausführlichen Raumprogramm, das die von uns gewünschte Ausstattung des Hauses und der Wohnungen genau auflistete. Unsere Vorstellungen über die Selbst-

organisation erforderlicher Hilfeleistungen enthielt dieses Programm ebenfalls. Die Hilfeleistungen sollten kostenlos und freiwillig erbracht werden, sodass diese Wohnform für jeden bezahlbar blieb. Ausgenommen war eine Dauerpflege, die nur von professionellen Kräften geleistet werden kann. Allerdings sollte diese ebenfalls organisiert werden, falls keine Angehörigen vorhanden sind.

Nachdem dieses Konzept stand, begannen wir mit der Öffentlichkeitsarbeit. Durch Informationsveranstaltungen, Presseveröffentlichungen sowie einer Radiosendung des Herner Senders 90acht gewannen wir viele Interessenten, die hoch motiviert mitmachten. Außerdem versandten wir unser Konzept an Wohnungsbaugesellschaften, Architekten und interessierte Bauherren. Mit 18 Mitgliedern gründeten wir 1996 unseren Verein „WIR – Wohnen im (Un-)Ruhestand e.V. Herne“ und beantragten als solcher die Mitgliedschaft im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche von Westfalen.

Zu gleicher Zeit gelang es uns, eine Wohnungsbaugesellschaft in Herne für unser Wohnmodell zu interessieren. Die Herner Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH bot an, ein Haus mit 14 Wohnungen entsprechend unseren Vorstellungen zu bauen. Obwohl wir eigentlich an eine größere Wohneinheit gedacht hatten, nahmen wir dieses Angebot sofort an. Die Lage des Grundstücks entsprach in idealer Weise unseren Vorstellungen, nämlich 10 Minuten Fußweg zur Herner City, 10 Minuten Fußweg zum Stadtpark sowie ein Edeka-Markt nebenan und eine Bushaltestelle fast vor dem Haus. Auch unseren Wünschen nach

- Mitgestaltung der Baupläne
- Wohnungsvergabe durch den Verein WIR an Vereinsmitglieder
- Mietverträge auf Lebenszeit
- einem Gemeinschaftsraum entsprach die Wohnungsbaugesellschaft.

Mit der Gründung unseres Vereins entwickelten sich auch vielerlei Freizeit-



Nachdem alle Bewohner eingezogen waren, wählten wir eine Bewohnervertretung. Sie besteht aus zwei Frauen und einem Mann. Diese führen einmal im Monat eine Bewohnerversammlung durch, in der alle wichtigen Dinge, die die Mieter und das Haus betreffen, besprochen werden. Treten Probleme auf, die von der Bewohnervertretung nicht gelöst werden können, wird der Vorstand des Vereins WIR eingeschaltet. Außerdem organisiert die Bewohnervertretung auch gesellige Zusammenkünfte für das Haus wie z.B. gemeinsames Essen im Gemeinschaftsraum, der auch eine kleine Küche enthält. Selbstverständlich werden auch gerne Feste wie Silvester, Karneval und Geburtstage gemeinsam gefeiert.

Ein Mitglied der Bewohnervertretung wurde Hauswart. Eine Reinigungs-

aktivitäten. Voraussetzung für ein freundschaftliches Miteinander in einer Hausgemeinschaft war nach unserer Meinung, dass man sich bereits vor dem Einzug gut kennen lernen sollte.

1997 begann die Bauplanung und Festlegung der Mieter für die einzelnen Wohnungen, weil die entsprechenden öffentlichen Mittel beantragt werden mussten. Daher konnte schon zu diesem Zeitpunkt jeder künftige Mieter den individuellen Zuschnitt seiner Wohnung im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten planen. (z.B. die Veränderung von Wandlängen o.ä.). Anfang 1998 war Baubeginn und damit die aufregendste Phase, denn nicht alle Wünsche konnten erfüllt werden. Ebenso wichen Planung und Bauausführung oft voneinander ab. Deshalb bildeten wir eine Arbeitsgruppe, die fast täglich prüfte, ob unsere Planungen in den einzelnen Wohnungen realisiert wurden. Zum Jahreswechsel 1998/99 war das Haus dann bezugsfertig. Bis Ende Januar 1999 hatten acht Alleinstehende, davon eine Rollstuhlfahrerin und 6 Ehepaare ihre Wohnungen bezogen. Und in dieser aufregenden Phase zeigte sich, welche Vorteile das bereits geübte Miteinander hatte. Unsere Idee der gegenseitigen Hilfe begann ganz selbstverständlich und ohne irgendeinen besonderen Anstoß in vielfältiger Weise Wirklichkeit zu werden.

Die Finanzierung des Hauses erfolgte, mit Ausnahme einer Wohnung, ausschließlich mit öffentlichen Mitteln des Landes NRW. Deshalb konnten auch



nur Mitglieder, die aufgrund der vorgeschriebenen Einkommensgrenzen einen Wohnberechtigungsschein erhielten, einziehen. Die Mietpreise für diese Wohnungen lagen bei 8,35 DM je qm im 1. Förderweg und 11,30 DM je qm im 2. Förderweg. Der Mietpreis für eine frei finanzierte Wohnung betrug 18,00 DM pro qm, sodass sich nur ein Mitglied für eine solche Wohnung entschied. Hinzu kommen noch die üblichen Nebenkosten. Alle Mieter erhielten einen Mietvertrag auf Lebenszeit. Der Verein WIR hat mit der Wohnungsbaugesellschaft einen Kooperationsvertrag abgeschlossen, der sicherstellt, dass frei werdende Wohnungen stets wieder vom Verein an Vereinsmitglieder vergeben werden dürfen.

firma putzt das Treppenhaus sowie die Gemeinschaftsräume. Die Außenanlagen werden im Auftrag der Wohnungsbaugesellschaft von einem Gärtner gepflegt. Da der Gemeinschaftsraum von allen Mitgliedern des Vereins benutzt werden kann, hat der Verein die laufenden Unterhaltskosten für Heizung, Strom, Wasser und Reinigung übernommen. Die Ausstattung des Gemeinschaftsraumes erfolgte mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW. Einen Zuschuss zu den laufenden Kosten erhält der Verein auf Antrag bisher nur vom Diakonischen Werk der Ev. Kirche von Westfalen. Ansonsten ist eine laufende Finanzierung nur durch die Beiträge aller Vereinsmitglieder, in geringem Maße

Spenden und vor allem der unentgeltlichen ehrenamtlichen Arbeit unserer Mitglieder möglich.

Der Verein WIR – Wohnen im (Un-)Ruhestand hat sich nach Bezug des Hauses sprunghaft entwickelt. Von 30 Mitgliedern im Dezember 1998 ist die Mitgliederzahl inzwischen auf 105 angestiegen. Attraktiv ist einmal die Möglichkeit, in einer solchen Hausgemeinschaft alt werden zu können und zum anderen aber auch unsere Freizeitangebote. Allerdings werden diese von den Mitgliedern selbst eingebracht und durchgeführt. Davon fühlt sich die jüngere Generation der älteren Menschen besonders angesprochen, die selbst gestalten und bestimmen will.

Aufgrund der so stark angestiegenen Mitgliederzahl bemühen wir uns um ein zweites Haus. Viele zunächst positiv verlaufenen Verhandlungen sind letztlich gescheitert. Einmal, weil der Bauherr der Vergabe aller Wohnungen nur durch den Verein WIR an seine Mitglieder nicht zustimmen wollte und zum zweiten, weil ein Gemeinschaftsraum nicht geplant war und auch auf unseren Wunsch hin nicht eingeplant werden sollte. Beides ist jedoch für das Gelingen unseres Projektes unerlässlich. Nur Menschen, die einander gut kennen, können eine Gemeinschaft bilden, die ein Zusammengehörigkeitsgefühl entwickelt, das jeder Belastung gewachsen ist. Der Gemeinschaftsraum ist für eine solche Gemeinschaft

unbedingt erforderlich, denn hier können sich gleich gesinnte Gruppen treffen, ohne dass eine besondere Belastung für den einzelnen daraus entsteht.

Inzwischen führen wir erneut Verhandlungen mit einem Bauherrn, der ein Haus für unsere Mitglieder bauen will. Allerdings hoffen wir, dass hierbei vieles unkomplizierter bezüglich der Ausstattung der Wohnungen sein wird. Denn z.B. ebenerdige Duschen und schwellenfreie Übergänge gehören in Haus und Wohnungen heute zur seniorengerechten Bauweise. Im Hinblick auf die gut gelungenen Wohnungen, die wir mitgestaltet haben, werden wir jedoch auch bei einem zweiten Wohnprojekt in der gleichen Weise vorgehen. D.h. umfassende und rechtzeitige Information aller Wohnungsinteressenten, vorab Zusammenarbeit mit dem Bauförderungsamt der Stadt und Besprechungen mit dem Bauherrn und Architekten bezüglich der Gestaltung der Baupläne im Hinblick auf die besonderen Wünsche der künftigen Mieter. Dieses Verfahren erfordert viel Zeit und Geduld, zahlt sich aber letztlich aus.

Wir hoffen, dass auch das zweite Haus ein Erfolg wird und unsere Idee weiterhin viele Mitstreiter findet, die in der Sicherheit und Geborgenheit einer solchen Gemeinschaft alt werden wollen.



Irmgard Winter, Mitinitiatorin des Projektes
WIR – Wohnen im (Un-)Ruhestand e.V.
Hohensteiner Str. 24
44628 Herne

Teil 3

Netzwerke und Unterstützungsstrukturen

Gerda Helbig

Ein bundesweites Netzwerk für gemeinschaftliche Wohnprojekte

■ Das „Forum für gemeinschaftliches Wohnen im Alter“ (FGWA) ist ein Zusammenschluss von Vereinen, Personengruppen und Einzelpersonen, die gemeinschaftliche Wohnformen bekannt machen, initiieren und verwirklichen. Der Verein hat Mitglieder in allen Bundesländern und unterhält eine Geschäftsstelle in Hannover sowie ein Netz von regionalen Kontaktstellen. Wohnprojektgruppen gründeten Ende der 80er Jahre eine Arbeitsgemeinschaft, die sich 1992 als eingetragener gemeinnütziger Verein konstituierte. Zur Zeit gehören zum FGWA 200 ordentliche Mitglieder sowie zwei Wohnungsunternehmen und eine Stiftung als Fördermitglieder.

Ausgangslage

In den 70er Jahren war das Thema „Gemeinschaftlich Wohnen“ vorwiegend ein Thema für junge Menschen, z.B. Studenten oder alternative Gruppen. Erst in den frühen 80er Jahren entstanden erste modellhafte Gruppenwohnprojekte von und für Ältere. Gleichzeitig entstanden Vereine mit entsprechenden Zielsetzungen. In Werkstattgesprächen und Arbeitsgemeinschaften kamen sie miteinander in Kontakt. Dabei stellten sie fest, dass sie sich mit vergleichbaren Fragen befassten:

- Wie lassen sich aus eigener Kraft Wohn- und Lebensformen entwickeln, die ein selbstbestimmtes Leben im Alter ermöglichen?
- Wie können ältere Menschen – gegebenenfalls zusammen mit jüngeren Leuten – für sich eine Wohnform schaffen, die ihnen sowohl Vereinsamung in der eigenen Wohnung als auch das Leben im Heim ersparen?
- Wie können Interessierte gefunden werden?

- Wie werden aus „Interessierten“ Wohnprojektgruppen?
- Wie gestaltet sich der Gruppenprozess?
- Wie lassen sich individuelle Wünsche nach Nähe und Distanz in Wohnprojekten in Einklang bringen?
- Wo ist Wohnraum, wo ist Geld, wo sind Verbündete und Förderer in Verwaltung, Planung und Politik?

Weiterentwicklung

In den Anfangsjahren des Vereins ging es den Mitgliedern hauptsächlich um die Auseinandersetzung mit diesen Fragen und um den Erfahrungsaustausch mit bestehenden Projekten, um von einander zu lernen. Es gab Kooperationen zu ähnlichen Organisationen in den Niederlanden, Dänemark und der Schweiz.

Seit etwa 1995 hat sich das Spektrum der Kooperationspartner deutlich erweitert. Die Öffentlichkeitsarbeit wurde verstärkt. Dadurch wurden Kommunen, Bauträger, Investoren und Wohlfahrtseinrichtungen auf die Arbeit der örtlichen Gruppen aufmerksam. Neue Partnerschaften entstanden und neue Kooperationsformen wurden entwickelt. In der Zusammenarbeit hat sich auch der Begriff „Selbstorganisiertes gemeinschaftliches Wohnen“ gewandelt: Es geht nicht mehr allein um die Entstehung einzelner Hausgemeinschaften, sondern zunehmend um die Einbindung solcher Projekte in bestehende Wohnquartiere oder in gemeinschaftsorientierte Nachbarschaften, in denen auch andere Wohnformen ihren Platz haben und unterstützende Dienstleistungen vorhanden sind.

Heutige Situation

Der Schwerpunkt „Wohnen im Alter“ ist auch heute noch ein wichtiges Ziel

des Vereins, wenn auch in den meisten inzwischen realisierten Wohnprojekten Menschen aller Altersgruppen wohnen, abhängig von den Wünschen der Bewohner und den Gegebenheiten des jeweiligen Standortes des Projekts. Allerdings geht die Initiative der uns bekannten Projekte vielfach von den Älteren aus.

Die öffentlichen Diskussionen über die Folgen der Bevölkerungsentwicklung, um menschenwürdige Versorgung im Alter und um die Situation in Alten- und Pflegeheimen fördern in starkem Maße das Interesse an Wohnformen, die auf Selbstbestimmung und Selbstverantwortung setzen, also auf Wohnformen, die im FGWA seit Jahren entwickelt, erprobt und praktiziert werden.

In der Geschäftsstelle des FGWA nehmen die Anfragen nach Information und Beratung von Jahr zu Jahr zu. Im Jahr 1999 verzeichneten wir ca. 2000 Anfragen und im Jahr 2003 waren es 7800. Die Anfragen kommen von Einzelpersonen und von neuen Initiativgruppen, aber auch von Fachleuten aus dem Bau- und Wohnungswesen, dem Gesundheitswesen, den einschlägigen Ressorts der Kommunen, den soziologischen Bereichen der Fach- und Hochschulen und den Ausbildungsstätten für Pflegeberufe.

Anfragen nach Information und Beratung kommen auch von Wohlfahrtsverbänden, die erkennen, dass in Zukunft das Betreuungs- und Pflegepersonal knapp werden wird. Sie erkundigen sich nach Konzepten, die im Rahmen des Möglichen auf Beteiligung der Bewohner setzen.

Deutlich zeichnet sich auch in der Wohnungswirtschaft zunehmendes Interesse an neuen Wohnkonzepten ab. Drastische Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt zwingen sie, neue Marktsegmente zu erschließen.

Aber nicht nur die Zahl der Anfragen, sondern auch die Qualität der

geforderten Information hat sich erheblich verändert. Gefragt wird nach

- umfassender Beratung zu gemeinschaftlichen Wohnformen,
- sachgerechtem Informationsmaterial,
- Einstiegsseminaren für Nutzer,
- Moderation von Gruppenprozessen in allen Phasen,
- Hilfe in Konfliktsituationen durch Mediation,
- Hilfe bei der Konzeptentwicklung für bedarfsgerechte gemeinschaftliche Wohnformen,
- Durchführung von Tagungen und Informationsveranstaltungen,
- Durchführung von Fortbildungskursen im Wohnprojektmanagement (Qualifizierung, Beratung, Mediation, Prozessbegleitung),
- Vorträgen bei Fachtagungen und Beitragen zu einschlägigen Publikationen.

Reorganisation des FGWA

Diese Dienstleistungen sind mit ehrenamtlichen Kräften – wie das in den Anfangsjahren des FGWA üblich war – nicht zu erbringen. Der Vorstand des FGWA hat mit Unterstützung des Kuratoriums Deutsche Altershilfe einen Reorganisationsprozess in die Wege geleitet, um ein bundesweites Netz von qualifizierten Beratern in die Arbeit des FGWA einzubinden. Dieser Prozess ist nicht einfach: Für diese Arbeit stehen keine öffentlichen Mittel zur Verfügung. Alle erforderlichen Betriebsmittel müssen selbst erwirtschaftet werden. Dazu ist ein Umdenken der Mitglieder gefordert, die lange Jahre ehrenamtliche Arbeit geleistet haben und sich jetzt mit betriebswirtschaftlichen Überlegungen auseinandersetzen müssen. Wir halten diesen Prozess jedoch für unumgänglich, um den Erwartungen der unterschiedlichen Akteure, die sich für neue Wohnformen interessieren, gerecht zu werden und um Wohnprojekte zügiger umzusetzen als es in der Vergangenheit üblich war.

Gewiss spielen bei der Umsetzung die Rahmenbedingungen noch immer eine wichtige Rolle. Die sind in Ballungsgebieten anders als in Kommunen, die einen Überhang an Wohnungen zu vermarkten haben. Aber die oft extrem langen Vorlaufzeiten der Gruppenbildung, der Entwicklung des

Gemeinschaftskonzepts, sowie der Um- und Irrwege bei der Suche nach Rechtsform und Finanzierung können in jedem Fall mit strukturierter Beratung erheblich verkürzt werden. „Ein Jahr planen – ein Jahr (um)bauen“ ist heute die Devise für Projektgruppen mit extern unterstütztem Entwicklungsprozess.

Neue Zielsetzung

In diesem Zusammenhang müssen auch die Vorstellungen von „Gemeinschaft“ neu überdacht werden. In einem Gespräch mit niederländischen Kollegen wurde mit Bedauern angemerkt, dass es in den dort untersuchten Projekten doch weniger Gemeinschaft gäbe als ursprünglich geplant war. Die niederländische Studie „Vom Idealismus zum Realismus“ (Kuratorium Deutsche Altershilfe, Reihe „vorgestellt“ Nr. 66) stellt fest, dass die anfangs entstandenen Projekte, in denen man sehr eng zusammen lebte, gemeinsam aß, den Garten bestellte usw., sich nicht gehalten hatten. Die Schlussfolgerung war, dass man die individuellen Bedürfnisse und den Wunsch nach persönlichen Freiräumen der Bewohner nicht ausreichend berücksichtigt hatte.

Die Initiatoren neuer Wohnprojekte müssen heute mehr tun, als die individuellen Wohnwünsche mit den Interessen der Gemeinschaft in Einklang bringen, wenn diese Wohnform einen größeren Teil der Bevölkerung interessieren soll als bisher üblich.

Ihre Projekte

- müssen durchlässiger werden, nicht unbedingt auf Dauerwohner eingestellt sein, dabei aber doch die nachbarschaftliche Unterstützung auf Dauer sichern, insbesondere für alte Menschen;
- müssen zur „normalen“ Wohnform werden, die in „normalen“ Gebäuden stattfinden kann, und nicht nur in der eleganten Jugendstilvilla mit Aufzug und großem Garten;
- müssen für „normale“ Menschen zugänglich sein und nicht nur für Idealisten mit überhöhten Ansprüchen an Gemeinsamkeit;
- müssen zügig umgesetzt werden und nicht jahrelange Gruppensitzungen mit starker Fluktuation der Teilnehmer erfordern.

Voraussetzungen für erfolgreiche Zusammenarbeit von Projektgruppen und Partnern

Für Projektgruppen gilt:

- die Gruppe ist organisiert,
- sie hat regelmäßige dokumentierte Treffen, feste Adresse, Sprecher,
- sie hat eine Rechtsform z.B. Verein, GbR ...,
- sie hat das Konzept für die Gemeinschaft schriftlich festgelegt,
- sie hat eine Aufstellung des individuellen Bedarfs der einzelnen Teilnehmer,
- sie hat eine Aufstellung über die finanziellen Mittel, die von den Teilnehmern aufgebracht werden können,
- die Mitglieder sind durch finanzielle Einlagen verbindlich und dauerhaft dem Projekt verpflichtet.

Die Wohnungsanbieter müssen

- bereit sein, neue Wege zu gehen,
- die Vorgehensweise der Gruppen kennen lernen,
- Angebote für einen neuen Markt entwickeln.

Zum Schluss ein Blick in die Zukunft von Albrecht Göschel, Deutsches Institut für Urbanistik:

„Angesichts der problematischen Wirtschaftssituation, die die gegenwärtigen Sozialleistungssysteme bereits in Frage stellt, ist es nicht vorstellbar, wie eine weitere Formalisierung und „Verstaatlichung“ bislang informeller sozialer Leistungen finanziell bewältigt werden könnte. Es ist nicht vorstellbar, den Altersberg, dem wir entgegengehen, ohne familiäre Sicherheitssysteme und allein durch sozialstaatliche Leistungen zu bewältigen. Wir werden also zu neuen Lebensformen kommen müssen, die die einzelnen Singles doch wieder, möglicherweise unter erheblichem und sei es ökonomischem Druck, zu gemeinschaftlichen Lebensform zusammenführt: Mehrgenerationenhaushalte, Altenwohngemeinschaften usw.“

Gerda Helbig Vorstand und Geschäftsführerin
des Forum für gemeinschaftliches Wohnen
im Alter – Bundesvereinigung e.V. (FGWA)
Hohe Straße 9, 30449 Hannover
E-Mail: info@fgwa.de
Web: www.fgwa.de

Zwei landesgeförderte regionale Beratungsbüros in NRW

Möglichkeiten und Wege zu „Neue Wohnformen im Alter“

■ „Wir haben gehört, es gibt so etwas wie gemeinschaftliche Wohnprojekte. Wir sind beide sechzig Jahre alt und würden auch gerne in einer Gemeinschaft wohnen und dafür unser Eigenheim aufgeben. Können Sie uns sagen, wo wir in unserer Gegend so ein Projekt finden?“

„Meine Mutter hat im Fernsehen einen Bericht über eine betreute Wohngruppe gesehen. Sie ist 80 Jahre alt, lebt alleine und ist leicht pflegebedürftig wegen einer Holzschutzvergiftung. Sie würde gerne in so eine Pflegewohngruppe ziehen. Sie möchte in keinem Altenheim wohnen. Wie funktionieren und wie teuer sind solche Projekte?“

In diese Richtung laufen die meisten Anfragen bei den beiden Regionalbüros „Neue Wohnformen im Alter“. Gefragt sind sehr unterschiedliche Wohnmodelle, aber allen gemeinsam sind die Aspekte Geselligkeit bzw. Kommunikation und (soziale) Sicherheit bzw. Nachbarschaft. Durch Informationssendungen im Radio oder Fernsehen können vorhandene Wünsche belebt („aufgeweckt“) werden. „Seit Jahren hege ich den Wunsch anders zu leben, aber ich wusste gar nicht, dass es so etwas gibt.“ (Aussage einer beratenen allein lebenden Frau) Die Frage, „Wie wohnen und leben, wenn man älter wird?“ beschäftigt zunehmend breitere Bevölkerungsschichten aus den unterschiedlichsten Beweggründen: da sind die aktiven jungen Alten und die „Früheinsteiger“, die ihre Zukunft aktiv in die Hand nehmen wollen, da sind die allein lebenden Frauen, meist um die 55, die eine Vorsorge treffen möchten, da sind die pflegebedürftigen Menschen, die ihre Selbständigkeit erhalten wollen.

In den letzten Jahren wird in der Fachwelt, bei Kommunen und der Wohnungswirtschaft für die Themen wie demographische Entwicklung, Bevölkerungsabwanderung ins Umland, Pluralisierung der Lebensstile, Wohnungsleerstand oder „leere Kasernen“ nach Lösungen gesucht.



So gab es Anfragen zu Konzeptentwicklung für den Wohnungsbestand, Modernisierung von Altenwohnanlagen, Grundstücksentwicklung für zukunftsfähige Wohnmodelle, Aufbau ambulant betreuter Wohngemeinschaften für Demenzerkrankte, Aufbau eines sozialen Netzwerkes bis hin zu Problemen mit Heimgesetz, Fördermöglichkeiten usw.

Zukünftig werden verstärkt Wohnmodelle für ein selbständiges Wohnen im Alter für dementiell Erkrankte, MigrantInnen, geistig Behinderte, Menschen mit Assistenzleistungs- oder Menschen mit Betreuungsbedarf nachgefragt werden. Den an gemeinschaftlich orientiertem Wohnen Interessierten – ob im Neubau oder Bestand – werden am Wohnungsmarkt aber kaum Projekte angeboten. Zum Beispiel werden Gemeinschaftswohnprojekte – auch für ältere Menschen – fast ausschließlich von den zukünftigen Bewohnern selbst initiiert und aufgebaut.

Zwei Beratungsstellen in NRW

Bereits 1997 hat die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen auf diese gesellschaftliche Entwicklung reagiert und zur Weiterentwicklung von Wohn-

formen im Alter und einer altersgerechten Quartiersentwicklung das Förderprogramm „Neue Wohnformen für alte und pflegebedürftige Menschen“ eingerichtet. Im Rahmen dieses Programms werden auch zwei regionale Beratungsstellen gefördert. Hier konnte das Land auf zwei kompetente Partner aufbauen. Das Regionalbüro Rheinland wurde angesiedelt beim Verein „Neues Wohnen im Alter e.V.“ in Köln, der unter dem Aspekt Pflege in den 80er Jahren Antworten zur Heimunterbringung suchte und Mitbegründer des bundesweiten Vereins „Forum für gemeinschaftliches Wohnen im Alter“ ist. Das Regionalbüro Westfalen wurde bei WohnBund-Beratung NRW GmbH in Bochum eingerichtet, die seit den 80er Jahren im innovativen Wohnungsbau aktiv ist und handlungsbezogene Konzept- und Projektentwicklung für soziales und ökologisch orientiertes Planen, Bauen und Wohnen anbietet.

Initiierung und Weiterentwicklung neuer Wohnformen

„Wohnen bleiben“ ist ein zentrales Thema in der Beratung, weil über 95 % der über 60jährigen Menschen in



Deutschland in ihrer angestammten Wohnung leben und wohnen bleiben möchten – auch wenn sie mit körperlichen Behinderungen in nicht altersgerechten Wohnungen und nicht barrierefreien Gebäuden wohnen. Auch können sich 80% der Pflegebedürftigen heute ein Leben im Heim nicht mehr vorstellen. Die Beratungs- und Informationsarbeit beinhaltet unterschiedliche Projektansätze in den Themenfeldern:

- Wohnen bleiben in der „angestammten“ Wohnung – u.a. altersgerechte strukturelle Modernisierung eines Wohnungsbestandes
- gemeinschaftliche Wohnformen – u.a. auch Pflegewohngruppe/KDA-Hausgemeinschaft
- Berücksichtigung spezieller Zielgruppen – u.a. auch MigrantInnen, Pflegebedürftige
- soziale Hilfe und neue Wohnangebote im Quartier – u.a. neue Formen des betreuten Wohnens im Bestand, Nachbarschaft und Netzwerke, Pflegewohnen im Quartier.

Angesprochen und zum Handeln aufgefordert werden u.a. Wohnungsbauunternehmen, Kommunen, Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Seniorenverbände sowie die betroffenen älteren Personen. In dieser Gemengelage von Projekten und Akteuren liegen die Aufgaben der beiden Beratungsstellen. Von Ibbenbüren bis Siegen, von Gronau bis Bünde kommen Anfragen, u.a. zu den Themen Gemeinschaft und Nachbarschaft, soziale Netzwerke und Alltagshilfen, Architektur und Städtebau, Finanzierung und Förderprogramme. Immer mehr Interessierte nehmen Leistungen wie Beratung, Unterstützung, Hilfestellungen, Vernetzungs-

und Vermittlungsaufgaben sowie Vorträge oder Werkstattseminare für Wohngruppeninteressierte wahr.

**Beispiel:
Wohnen bleiben im Quartier**

In Oberhausen hat sich 1998 die „Arbeitsgemeinschaft für Senioren im Knappenviertel“ gebildet, um eine bedarfsorientierte Entwicklung der Angebote im Quartier zu unterstützen. Durch diese Vernetzung und Zusammenarbeit der unterschiedlichsten Einrichtungen vor Ort wurden auf der Grundlage einer kleinräumigen Bedarfsanalyse mit der Zielgruppe ältere allein lebende Frauen neue Handlungsansätze geschaffen. Erarbeitet wurde von den Beteiligten ein Gesamtkonzept mit den Bausteinen Wohnung und Wohnumfeld, Infrastruktur, soziale Nachbarschaft, Alltagshilfen und Pflege, Kommunikation und Freizeit, Information und Beratung. Ein großer Vorteil für das Vorhaben war das vorhandene Stadtteilbüro (eingebunden in das Förderprogramm Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf), das die Koordinationsaufgaben übernommen hat, sowie der Umbau eines Bunkers zu einem Bürgerzentrum mitten in der Siedlung, in dem Veranstaltungen, auch zum „Klonen“ oder für „Trauerstunden“, ein Café mit Mittagstisch und (auch zugehende) Beratungen angeboten werden. Es wurden u.a. eine Seniorenmesse und ein Seniorenführer entwickelt. Die Entwicklung weiterer Projektbausteine wurde leider wegen einer fehlenden Koordinierungsperson aufgegeben.

**Beispiel:
Aufbau sozialer Netzwerke**

Von zentraler Bedeutung ist für älter werdende Menschen oft der Aspekt, nicht in Isolation und Vereinsamung zu leben, Aufgaben erfüllen zu können und gebraucht zu werden. Lösungsansätze hierzu reichen von der Unterstützung der Nachbarschaft im Bestand, der Gründung eines Nachbarschaftsvereins, dem Angebot eines Gemeinschaftsraumes bis hin zum Aufbau eines gemeinschaftlichen Wohnprojektes im Quartier.

Diese Aspekte der Nachbarschaftsbildung haben einige Wohnungsunternehmen bzw. Wohngruppen aufgegriffen, wie die Bau- und Siedlungsgenossenschaft für den Kreis Herford eG oder die Düsseldorfer Wohnungs-genossenschaft eG bzw. die Wohnprojekte „Haus Mobile“ in Köln oder „Abendsonne“ in Wetter. Es wurde ein Nachbarschaftstreff – mit einem damals noch 80%-igen Zuschuss zu den Baukosten – eingerichtet. Dieser Kommunikationsort steht den Bewohnern sowie den Nachbarn des gesamten Wohnquartiers zur Verfügung. Er bietet den neuen und „alten“ BewohnerInnen Chancen der Integration in das Stadtquartier, der Teilhabe am allgemeinen Leben, der gemeinsamen Freizeitgestaltung und des Aufbaus kleiner Netzwerke (z.B. Aufbau einer Telefonkette, die Begleitung beim Spaziergang oder das Mitbringen von Lebensmitteln).

Auch das Betreute Wohnen hat in NRW in diese Richtung eine Weiterentwicklung erfahren. In dem gerade fertiggestellten „Qualitätssiegel – Betreutes Wohnen für ältere Menschen in Nordrhein-Westfalen“ (Mai 2004) werden für die neuen Wohnanlagen (mit Qualitätssiegel) Konzepte mit Aussagen zum Aufbau einer Hausgemeinschaft, zur Beteiligung sowie zum Selbsthilfepotenzial der Mieter und zur Einbindung in das Umfeld (informelles Netzwerk) verlangt.

**Beispiel:
Anschub eines gemeinschaftlichen Wohnprojektes**

Aus einem Beratungstermin für eine an gemeinschaftlichem Wohnen interessierte Einzelperson entwickelte sich über eine Anfrage bei der VHS der entsprechenden Kommune eine gut besuchte Informationsveranstaltung mit dem Ergebnis, das Thema fortzu-



führen. Im nächsten Quartal wurde ein Seminar mit einem Exkursionsbaustein angeboten. Nach der ersten Enttäuschung, dass es keine Möglichkeit gibt, direkt in ein nachbarschaftliches Wohnprojekt einzuziehen, haben sich vier Frauen auf den Weg gemacht, ein Wohnprojekt anzustoßen. Es besteht nun eine Initiative, die über Werbung in Zeitungsartikeln einen hohen Zulauf hat.

An der hohen Resonanz wird deutlich, dass die vorhandenen Angebote vor Ort nicht den Wohnvorstellungen für das Alter entsprechen. Andererseits haben aber viele Angesprochene nicht die Eigeninitiative und den Mut, ihr eigenes Wohnprojekt aufzubauen. Es scheuen viele ältere Menschen den „Gewaltakt“, ein Projekt für eine Wohngruppe selbst zu entwickeln und zu realisieren. Denn diese Projektentwicklung bedeutet fast immer, ein Wohnungsbauunternehmen zu finden, das für sie baut. Das erfordert in der Regel umfangreiche Informations- und Rechercharbeit, viele Gespräche und Verhandlungen, Grundstückssuche und einen langen Atem.

**Beispiel:
Entwicklung einer Fläche für
zukunftsorientiertes Wohnen
im Alter**

Über einen Kontakt auf einer Veranstaltung wurde die Beratungsstelle in die Konzeptionierung der Entwicklung einer kommunalen Liegenschaft in Düsseldorf-Flehe einbezogen. Hier ging es darum, nach Abriss eines nicht mehr wirtschaftlich tragfähigen Altenheims mit 400 Heimplätzen ein zukunftsorientiertes Wohnen für ältere Menschen anzubieten. Angestoßen wurde ein Projekt mit den Inhalten: Wohnen für Alt und Jung mit Serviceangeboten, Beteiligung der Interessierten am Planungsprozess sowie Aufbau einer Nachbarschaft. Entstanden ist ein Wohnpark mit viergeschossigen Wohnhöfen für Alt und Jung. Die Wohngruppenprojekte und ein Gemeinschaftsraum mit Dienstleistungsangeboten in der ehemaligen Kapelle wurden jedoch leider nicht realisiert. Aber in einem Wohnhof entstand ein Wohnprojekt mit Service und Nachbarschaft, organisiert über einen Wohlfahrtsverband.



**„Neue Wohnprojekte
sind rar – Bedarf übersteigt
Angebot bei weitem“**

Es bedarf immer noch einer umfangreichen und breiten Öffentlichkeitsarbeit, um neue Wohnformen bei Betroffenen, Angehörigen, Multiplikatoren und Akteuren zu plazieren. Ein Schwerpunkt der beiden Regionalbüros ist deswegen die Öffentlichkeitsarbeit, z.B. die Referenten-, Veranstaltungs- und aktivierende Informations-tätigkeit sowie die Erstellung von Informations- und Arbeitsmaterialien.

Zusammenfassend können zur Realisierung der beschriebenen Projekte folgende Handlungsansätze angerissen werden:

Wohnen bleiben im Quartier:

Zukunftsweisend ist die Weiterentwicklung des betreuten Wohnens im Quartier. Stadtteile schrumpfen und insbesondere die in den 50er bis 70er Jahren gebauten Wohnungsbestände „vergreisen“. Anhand kleinräumiger Bedarfsanalysen können Kommunen und Wohnungswirtschaft in Zusammenarbeit zukunfts-fähige Wohn- und Dienstleistungskonzepte für ein Wohnen im Alter, ein Gesamtkonzept für das Quartier erarbeiten. Dem Wegzug alteingesessener Mieter, die erfahrungsgemäß einen wesentlichen Beitrag zur Stabilität ihres Wohnquartiers beitragen, könnte damit entgegengewirkt werden.

Nachbarschaftstreffs wie Stadteilläden in Quartieren können die Ansätze von Nachbarschaftshilfen anregen und ermöglichen. Sie können auch den Zuzug jüngerer Mieter fördern, wenn

sie ein entsprechendes Angebot für diese Zielgruppe wie „Alt hilft Jung“, Kinderbetreuung, gemeinsamer Mittagstisch, usw. vorsehen. Mit allen Anbietern vor Ort (auch Vereine, Beschäftigungsinitiativen, Kirche etc.) kann kooperativ ein umfassendes Dienstleistungssystem entwickelt werden.

Für ältere Menschen im Quartier ist eine Ansprechperson von Bedeutung. Diese kann auch die Aufgaben der Koordination und Weiterentwicklung der Angebote übernehmen, d.h. es bedarf eines Raumangebotes und der personellen Unterstützung.

Gemeinschaftliche Wohnprojekte:

In vielen kommunalen Altenhilfep länen spielt das gemeinschaftliche Wohnen eine bedeutende Rolle. Hier können Kommunen hinsichtlich Grundstücks- und Objektsuche die Wohngruppen unterstützen. Die Wohnungsunternehmen, Bau-träger könnten verstärkt als Partner oder als Anbieter auftreten, indem sie mit privaten Wohngruppen kooperieren oder diese Zielgruppen selber suchen.

Die Ergebnisse der Projekte zeigen auch, dass altengerechte Projektansätze und -kriterien jedem zugute kommen.

Sabine Matzke
WohnBund-Beratung NRW GmbH
Herner Straße 299
44809 Bochum
Tel. 0234-9 04 40-50
E-Mail: sabine.matzke@wbb-nrw.de
Web: www.wbb-nrw.de

Siehe auch Literaturliste auf Seite 34f.

Leipzig: Beratungsstelle Gemeinsam Wohnen für Jung und Alt findet großen Zuspruch

■ In kurzer Zeit hat sich die vom Arbeitskreis Integriertes Wohnen e.V. in Leipzig aus der Taufe gehobene regionale Beratungsstelle „Gemeinsam Wohnen für Jung und Alt“ als Ansprechpartner für alle an gemeinschaftlichen Wohnformen Interessierte etabliert. Erste Interessenten fanden sich zusammen, Seminare wurden veranstaltet, Kontakte zu Wohnungsunternehmen und dem Eigentümerverein Haus & Grund Leipzig e.V. sind geknüpft.

„Mittlerweile werden von den Fachleuten des Arbeitskreises Integriertes Wohnen acht Initiativen betreut, die sich ihren Traum von einem gemeinsamen Wohnprojekt erfüllen wollen,“ berichtet Projektleiter Dr. Winfried Haas.

Eine Gruppe von Mittfünfzigern will nicht erst warten, bis die Probleme des Alters zum Umzug zwingen, sondern bereits jetzt gemeinsam eine seniorengerechte Wohnform aufbauen. Zudem

hat sich eine andere Gruppe von SeniorInnen zusammengefunden, die derzeit bei verschiedenen gemeinsamen Aktivitäten prüfen, ob sie zueinander passen und sich zu einer Hausgemeinschaft zusammenschließen können.

Die Beratungsstelle bietet für Interessenten v.a. folgende Unterstützung an:

- Begleitung/ Moderation bei der Bildung einer Projektgemeinschaft und beim Finden weiterer Gleichgesinnter
- Vermitteln von in anderen Wohnprojekten gesammelten Erfahrungen
- Beratung zu Finanzierung und Fördermöglichkeiten sowie kostengünstigem Bauen
- Unterstützung beim Finden einer passenden Rechtsform sowie
- von fachlich ausgewiesenen Partnern für Bau- bzw. Sanierungsarbeiten.



Sprechstunden bietet die Beratungsstelle jeweils montags und donnerstags von 17 bis 18 Uhr. Darüber hinaus können telefonisch Termine vereinbart werden.

Einmal monatlich finden Interessententreffen mit jeweils speziellen Themenangeboten statt.

Im Herbstsemester wird an der Volkshochschule wieder eine Seminarreihe „Wohnprojekte – Vom Wunsch zur Wirklichkeit“ organisiert. Der Vorläuferkurs im Frühjahr hatte bereits eine große Resonanz gefunden.

Dr. Winfried Haas,
Arbeitskreis Integriertes Wohnen Leipzig e.V.
Konstantinstraße 12, 04315 Leipzig
E-Mail: akiw.leipzig@t-online.de

Online-Information der Grauen Panther Hamburg und des Treffpunkts St. Georg (Auszug):

Wohnlinien



...über innovative
gemeinschaftliche Wohn-
und Versorgungsformen
im Alter

Benutzerhinweise

„Wohnlinien“ wird mehrmals im Jahr als online-Information erscheinen – immer dann, wenn es etwas zu sagen gibt. **Die nächste Ausgabe ist vorgesehen für Mitte August 2004.** Um ein aktuelles und vielfältiges Forum bieten zu können, sind Ihre Beiträge zum Thema willkommen: Veranstaltungs- oder Tagungshinweise, Bücher oder Fachartikel, Praxisbeispiele oder neue Forschungsergebnisse... am besten als e-mail oder Diskette. Wohnprojekte können an dieser Stelle natürlich auch freien Wohnraum melden, Wohninitiativen nach MitstreiterInnen suchen oder ihre Projektideen kundtun. Für alle, die noch nicht „online“ sind, liegt „Wohnlinien“ im Treffpunkt St. Georg auch als Druckversion zur Information aus.

Treffpunkt St.Georg Beratungsstelle für Wohn- und Hausgemeinschaften

Zimmerpforte 8, 20099 Hamburg
Fax und Telefon: 040-24 80 96
E-Mail: graue-panther-hh@t-online.de
www.graue-panther-hamburg-ev.de

Sprechzeiten:
Mo 14–18 Uhr, Do 10–13 Uhr

Veranstaltungen MontagsReihe 2004

Was heißt hier alt?!
Die Gesellschaft geht alle an...

Die Veranstaltungsreihe umfasst aktuelle Themen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen für interessierte Menschen aller Altersgruppen, für Laien und Profis, für ältere Menschen sowie deren Angehörige, für Alt und Jung...

14. August
Exkursion zum **Beginenhof**
in Bremen:

Ein Wohn- u. Arbeitsprojekt für Frauen,
ca. 12–16 Uhr

20. September
Patenschaften der Generationen
„Zwischen Knigge und Was geht Digger“
Podiumsdiskussion 18–20 Uhr

22. November
Der erste Winter ist vorbei: **Leben**
im **Hamburger Passivhaus** –
Exkursion zum Projekt Parkhaus,
18.30–20.30 Uhr

... Treffpunkt aktuell ...!

Der diesjährige Fachtag findet im
November 2004 statt.

Thema: „**Anders Altwerden ...**
Wohnen in Gemeinschaft“
Praxis und Perspektiven von Wohn-
gemeinschaften für Menschen mit Demenz

Veranstaltungshinweise:

„Keine Zeit zu verlieren“
4. Kongress der Deutschen
Alzheimer Gesellschaft
Lübeck vom 9. bis 11. September 2004
Infos: www.livingcongress.de/alzheimer



Urbanes Wohnen e.V.
München veranstaltet ein
Wochenendseminar

Planungsbeteiligung von
Kindern und Jugendlichen
– Möglichkeiten
und Wege

am **23./24. Oktober 2004**
in Kochel am See

Planung und Umsetzung zusammen mit Kindern und Jugendlichen ist eine Herausforderung für alle Beteiligten. Das Wochenendseminar richtet sich an Entscheidungsträger in der kommunalen Verwaltung, an Fachleute aus den Bereichen der Freiraumplanung und Pädagogik sowie an Einrichtungen und Akteure „vor Ort“.

Anhand konkreter Beispiele werden Methoden und Verfahren der Partizipation vorgestellt und übertragbare Modelle und Verfahren zur Beteiligung entwickelt.

Anmeldung:

Bayerisches Seminar für Politik,
Oberanger 38, 80331 München
E-Mail: bsp@baysem.de,
Tel: 089-2 60 90-06, Fax: -07

nähere Informationen unter:
www.urbanes-wohnen.de/1-akt/progsem2.html

Hamburger Wohnprojekte-Tage am 24. und 25. September 2004

Zum 6. Mal finden im September 2004 die Wohnprojekte-Tage statt ..., die Gelegenheit sich in Theorie und Praxis über gemeinschaftliches Wohnen in allen seinen Facetten zu informieren.

Infos: STATTBAU Hamburg GmbH, Telefon: 040-43 29 42-0

KDA-Neuerscheinung

Ursula Münsterjohann

Was bewegt alte Menschen in der Stadt?

EIN PLÄDOYER FÜR EINE SENIORENFREUNDLICHE, GESUNDHEITSFÖRDERNDE STADTENTWICKLUNG

Kuratorium Deutsche Altenhilfe, Köln 2004. KDA-Reihe „Architektur + Gerontologie“, Nr. 3. ISBN-Nr: 3-935299-48-6 14,80 Euro (zuzüglich Versandkosten) Bestellungen an KDA, Versand, An der Pauluskirche 3, 50 677 Köln

Um in Zukunft die Gesundheit älterer Menschen möglichst lange und umfassend zu erhalten, muss ihnen in allen Lebenslagen ein selbständiges Leben ermöglicht werden. Nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche sind hierzu aufgerufen, denn sonst wird die Gesunderhaltung der Menschen teurer als unsere Gesellschaft es sich leisten kann.

Für die Stadtplanung und die dafür Zuständigen bedeutet das, die Gesundheit der Menschen durch entsprechende städtebauliche Maßnahmen zu fördern und dadurch einen gesellschaftlichen Beitrag zur Selbständigkeit älterer Menschen zu leisten.

Das Plädoyer wendet sich an Stadtplaner aber auch an interessierte Leser. In der Broschüre erhält man

Anregungen zur Umsetzung städtebaulicher Maßnahmen für ein gesundes und bewegtes Leben älterer Menschen in der Stadt. Es werden stadtplanerische Elemente beispielhaft visualisiert und deren gesundheitsfördernde Aspekte aufgezeigt. Die Anregungen können somit auch in konkrete Planung einfließen.

Qualität für die Zukunft: kompakt, urban, innovativ

Oberste Bayerische Baubehörde (Hrsg.) 2004. 248 Seiten, 236 farbige Abbildungen, 307 Pläne und Grundrisse 59,95 Euro; Callwey Verlag München ISBN 3-7667-1597-6

Seit langen sind die bayerischen Wohnmodelle im geförderten Wohnungsbau maßgebend für den Wohnungsbau über Bayern hinaus. Dabei ist nicht unbedingt jedes einzelne Projekt herausragend oder innovativ, vielmehr liegt das besondere darin, dass eine Behörde sich zum Ziel gesetzt hat, neue Qualitäten im Wohnungsbau zu fördern, und dass sie dieses Ziel auch über einen langen Zeitraum kontinuierlich verfolgt. Hinzu kommt, dass die Wohnmodelle über das ganze Land verstreut sind, also nicht nur in Mün-

chen, Augsburg oder Nürnberg anzutreffen sind, sondern auch in kleineren Städten wie Neu-Ulm, Coburg, Forchheim oder Amberg.

Jetzt liegt beim Callwey-Verlag ein weiterer Band vor, in dem die in den Jahren 1996 bis 2003 geförderten 30 Projekte sehr gut dokumentiert und nach drei Themen geordnet sind: „Das bezahlbare Haus“ (Eigenheime), „Ökologischer Wohnungsbau“ und „Ökologische Modernisierung“. Die Kriterien für die Wohnmodelle sind also im Wesentlichen beibehalten worden: hohe Qualität zu tragbaren Kosten, Schonung von Ressourcen, Energieeinsparung. Die vorgestellten Beispiele verweisen außerdem auf einen insgesamt außerordentlich hohen Wohnstandard beim geförderten Wohnungsbau, wie er wohl kaum in einem anderen Land anzutreffen ist.

Der Band bietet für Architekten reichliches und gut aufbereitetes Anschauungsmaterial. Der Versuch, die neuen Anforderungen an den Wohnungsbau am Ende des Band in wenigen Seiten umfassend zu referieren, scheint mir nicht geglückt – aber das ist ja auch nicht Thema des Bands.

Joachim Brech

Kleine Literaturlauswahl zum Thema „Wohnen im Alter“

hier: Leitfaden zum Aufbau selbstorganisierter Gruppenwohnprojekte (Auswahl: WohnBund-Beratung NRW GmbH)

Titel	Autor	Institution	Herausgeber	Erscheinungsjahr
Soziale Gruppenbauvorhaben in Niedersachsen – Ein Leitfaden	Klaus Habermann-Nieße Kirsten Klehn	Institut für Wohnpolitik und Stadtökologie e. V.	Niedersächsisches Sozialministerium	Hannover, 1996
Jung & alt – Gemeinsam leben und wohnen – Mehr-Generationen-Wohnen	Brigitta Geißler-Gruber Margarete Havel	WohnBund Wien	Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie, Wien, Österreich	Wien, 1998
Gruppenwohnprojekte – Leitfaden	Heidrun Buhse Kristin Rupp		Ministerium für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau des Landes Schleswig-Holstein	Kiel, 1999
Kooperation zwischen Wohngruppen und Wohnungsbauunternehmen – Ein Leitfaden für die gemeinsame Realisierung von neuen Wohnformen	Birgit Pohylmann-Rohr Horst Hücking	WohnBund-Beratung NRW GmbH	Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes NW (MFJFG)	Bochum, 1999
Leitfaden für Wohnprojekte	Ulrike Hoppe, Karsten Wagner, Uwe Joches, Gisela Zeisberg		Johann Daniel LAWAEZT-Stiftung	Hamburg, 2001 (2. Auflage)
Gemeinschaftlich Wohnen 50+ Projekte für einen neuen Markt	Katrin Hater Ursula Komes		Aachener Stiftung Kathy Beys	Aachen, 2003
Selbstorganisiert Wohnen in Gemeinschaft – Informationen zur Realisierung von Gemeinschaftlichen Wohnprojekten	Zusammenstellung Annette Brümmer (NFW)		Fachstelle für Wohnberatung (NFW) und Forum für gemein- schaftliches Wohnen im Alter, Bundesvereinigung e.V. (FGWA)	Hannover, 2003

Wie wohnen, wenn man älter wird? Gemeinschaftliche Wohnprojekte

Titel	Autor	Herausgeber	Erscheinungsjahr
Neues Wohnen im Alter Was geht und wie es geht	Zusammenstellung Michael Andritzky Thomas Hauer	BauWohnberatung Karlsruhe / Schader-Stiftung Darmstadt	Karlsruhe, 2004
Umzug in ein neues Leben Wohnalternativen für die zweite Lebenshälfte	Dörte Fuchs/Jutta Orth	Kösel-Verlag	München, 2003
Neue Wohnprojekte für ältere Menschen Gemeinschaftliches Wohnen in Nordrhein-Westfalen		Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (MGSFF) Broschürenstelle – E-mail: poststelle@mgsff.nrw.de	Düsseldorf 1999/2003 (6.Auflage) derzeit vergriffen
Kleine Datensammlung Altenhilfe Ausgewählte Zahlen und Fakten zu Alter, Altern und Alten	Zusammenstellung Anne Kleiber	Kuratorium Deutsche Altershilfe e.V. (KDA) www.kda.de	Köln, 2003
Wie wohnen, wenn man älter wird? Bundesmodellprogramm 1998–2001 „Selbstbestimmt Wohnen im Alter“		Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) Broschürenstelle www.bmfsfj.de	Berlin, 2001
Nicht allein und nicht ins Heim Alternative: Alten-WG	Astrid Osterland	Freie Altenarbeit Göttingen e.V. Eva-Meurer-Stiftung Junfermann-Verlag	Paderborn 2000
Die letzte Strophe	Christine Brückner	Ullstein Taschenbuchverlag	München, 2000, (7. Auflage)
Besser Leben und Wohnen im Alter 10 Wohnformen im Vergleich		Schöneberger Verlag GmbH & Co. litera-team KG	München, 1997
Wohnprojekte für Jung und Alt Generationen übergreifende Baugemeinschaften	Zusammenstellung empirica, Bonn	Bundesgeschäftsstelle Landesbausparkassen, Berlin LBS Zukunftswerkstatt E-Mail: lbs-zukunftswerkstatt@t-online.de	Berlin
Wohnungen für betreute Wohngruppen alter Menschen Nutzungsanalysen und Planungshinweise	Renate Narten/Anette Fuhrig Büro für sozialräumliche Forschung und Beratung, Hannover	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen Bundesmodellprogramm „Selbstbestimmt Wohnen im Alter“ 1997–2001	Berlin, 2000
Ambulant Betreute Wohngemeinschaften für demenziell erkrankte Menschen	Klaus-W. Pawletko Verein „Freunde alter Menschen e.V.“, Berlin	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)	Berlin, 2002
Neue Wohnkonzepte und praktische Erfahrungen bei der Umsetzung – eine Bestandsaufnahme Leben und Wohnen im Alter, Band 1	Ursula Kremer-Preiß, Holger Stolarz KDA, Köln	Bertelsmann Stiftung / Kuratorium Deutsche Altershilfe	2003

Mitgliedschaft im wohnbund

- Kostenloses wohnbund-Info
- Kostenloser oder preisreduzierter Zugang zu allen unseren Fachveranstaltungen
- Kostenlose Vermittlung von Kontakten bei speziellen fachlichen Fragen aus dem Bereich der Wohnpolitik, Planung, Projekt-, Stadt- und Siedlungsentwicklung (im Rahmen unserer Möglichkeiten)
- Interessante Begegnungsmöglichkeiten in einem Netzwerk von Fachleuten
- Internet-Service für Mitglieder: Homepage und E-Mail im wohnbund-Netzwerk: www.wohnbund.de

Jahresbeitrag

- Regelbeitrag € 95,-
- Studenten und Arbeitslose € 35,-
- Büros und Institutionen nach Vereinbarung

Beitrittsformular im Internet abrufen oder bei der Geschäftsstelle anfordern.

Themenschwerpunkt der nächsten wohnbund-informationen in 2004:

- 3/2004 – „Freiraumplanung – Reaktion auf die Unterbelichtung der Freiräume beim Stadtumbau“
- 4/2004 – „Soziale Spaltung der Stadt“

wohnbund e.v.

Aberlestraße 16/Rgb
81371 München

Telefon 089-74 68 96 11

Fax 089-7 25 50 74

E-Mail: info@wohnbund.de

Web: www.wohnbund.de